Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1923

12.12.1923 (No. 284)

Visual Library

Nr. 284 61. Jahrgang — Karlsruhe, Mittwoch, den 12. Dezember 1923

Bezugspreis (freibleibend) durch Träger 70 Goldpfennig, (b. d. Abholst. i. Karlsruhe 65 Goldpfennig wö entl ch. Einzelnummer 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen.

Fernsprecher: Geschäftsstelle 535

Badischer Beobachter

Anzeigengrundpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 60 Mk., im Reklameteil 180 Mk. Schlüsselzahl (Multiplikator) 1400000000. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Fernsprecher: Redaktion 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Akt.-Ges. „Badenia" (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der „Badenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter. Postscheck-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: vormittags ½8 Uhr.

Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen: R. Wurzler, sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

Das Reichskabinett befaßte sich gestern erneut mit der Lage im besetzten Gebiet und faßte eine Reihe wichtiger Beschlüsse mit Bezug auf dieses.

Im besetzten Gebiet soll ein gemeinsames wertbeständiges Geld aller Gemeinden geschaffen werden.

Das englische Kabinett beschloß, vor Beschlüssen den Zusammentritt des Parlaments abzuwarten.

Der kriegsgerichtliche Prozeß gegen die Düsseldorfer Schutzpolizisten beginnt am 17. Dezember.

Amerika hat die Teilnahme an den Sachverständigenausschüssen angenommen.

Das Arbeitslosenproblem als gewichtigster Faktor bei m britischen Wahlresultat.

Sehr leicht ist es, als Beurteilung des Resultates der allgemeinen Wahlen zum britischen Unterhause die Phrase niederzuschreiben: Der Freihandel hat gesiegt. Nicht minder bequem ist es, den Wahlausgang so zu deuten, als ob nun die vereinigten Minderheiten der Liberalen und Labouristen der Unionisten Herr geworden seien und eine ganz neue, sagen wir „demokratische Politik" in England aufziehen könne.

Wohl ist richtig, daß der britische Premier Baldwin mit dem Schlagwort in den Kampf gezogen ist, der Schutzzoll sei das Lebenselixier für den kranken und geschwächten britischen Wirtschaftskörper. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß die liberale Partei und die Labour Party wenigstens soweit einig seien, wegen der Abwehr des schutzzöllnerischen Planes vorübergehend in einer Front zu kämpfen und in einer Front zu regieren.

Es hat sich ein erbitterter „dreieckiger" Wahlkampf in England abgespielt, und der unionistische Premierminister Baldwin hat in seiner letzten großen Rede vor den Wählern in Liverpool nicht unrecht gehabt, wenn er ausrief: „Die Labour Party liebt mich nicht, aber sie haßt auch die Liberalen." Hier haben wir in der Tat eine Feststellung, die oberflächliche Urteile über das Ergebnis der britischen Unterhauswahlen abwehrt.

Nur ein einziger sicherer Weg führt durch das Gewirre der Gründe, die das überraschende Ergebnis beherrschen. Dieser Weg geht vom Arbeitslosenproblem aus. Daß dieses Problem brennend geworden ist, daß es Zusammenhänge mit der Fiskalpolitik hat und daß es sogar in die auswärtige Politik eingewoben ist, vermag weder Unionist, noch Liberaler, noch Labourist zu bestreiten.

Baldwin selber hat in Liverpool drei Tage vor der Wahl ausgeführt:

„Das supreme Ziel unserer Zollpolitik und die Ursache, warum wir zu unserer Unterstützung durch die Wählerschaft auffordern, ist der Ernst und die Dringlichkeit des Arbeitslosenproblems. Es gibt Leute, die sagen, unsere Mittel dieser Art reichten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht aus, und von diesen Leuten werden drastische Mittel befürwortet; das sind die Labouristen. Andere Leute vertreten die Politik des Abwartens, des „wait and see": das sind die Liberalen. Aber es geht nicht mehr länger, auf Besserung zu warten. Wir müssen für Beschäftigung der Arbeitsfähigen sorgen, und das soll durch den Schutz für unsere Industrien geschehen."

So der unionistische Premier, dem der gewesene Regierungschef Asquith in Newcastle mit den Worten recht gab: „Ein einziges Problem haben die bürgerlichen Parteien gerecht und billig zu lösen, nämlich jenes, für Beschäftigung zu sorgen." Aber Mr. Asquith bestreitet, daß es an der Zeit sei, der britischen Industrie durch protektionistische Krücken aufzuhelfen; die Hilfe müsse auf andere Weise besorgt werden, weil durch den Protektionismus weder die Lage der Industriellen, noch jene der Arbeiterschaft verbessert werde.

Und Ramsay Macdonald, der erklärte Führer der Labour Party, äußerte sich nicht minder deutlich dahin, daß „nur die Lösung des Arbeitslosenproblems auf kühne Weise, die engherzigen Einspruch abweist, die Lage des arbeitenden Standes in England zu bessern imstande ist."

Das Fazit aus den Glaubensbekenntnissen der drei Parteigrößen ist positiv jenes, daß England durch ein hohes Maß von Arbeitslosigkeit krank an einem Wirtschaftskörper ist. Bezüglich des negativen Fazits aber klafft breite Uneinigkeit zwischen der Labour Party einerseits und den beiden bürgerlichen Parteien andererseits. Denn Unionisten wie Liberale sind gleichermaßen mit dem gemeint, was der Arbeiterführer Ramsay Macdonald als „eng herzigen Einspruch" abweist und was die Times als „violent measures" der Labour Party hinwiederum auf der Gegenseite abtut. Die „heftigen und gewalttätigen Reformpläne des Sozialismus" spielten auch in der Polemik des Lloyd George verschriebenen Daily Chronicle gegen den Daily Herald der Labour Party eine große Rolle.

Zur Behebung des Uebels der Arbeitslosigkeit erachten die Unionisten also den Schutzzoll als geeignetes Mittel. Die Liberalen dagegen sind von dieser Eignung nicht recht überzeugt, obwohl die Times ihnen vorrechnet, daß England ohne den Schutzzoll auf Farbstoffe 90 Prozent seines Bedarfs aus Deutschland bezog und mit Schutzzoll nun 80 Prozent seines Bedarfs aus der Inlandserzeugung deckt. Doch darf nicht vergessen werden, daß sie in der Koalition mit den Unionisten die Verwässerung des Freihandelsprinzips schon reblich unter allerlei Deckadressen besorgt haben. Die Labour Party schließlich betrachtet den Freihandel ganz gewiß nicht als jenes Mittel, das zur Behebung des „unemployment", der Arbeitslosigkeit, genügt, denn sie schlägt viel drastischere Mittel, worunter die vielprozentige Vermögensabgabe zugunsten der Fortsetzung der Arbeitslosenunterstützung vor. Damit soll beileibe nicht behauptet werden, daß die Labour Party keine freihändlerische Tendenz oder gar eine versteckt protektionistische Politik einschlage — nein, es soll nur der Tatbestand festgestellt sein, daß die Phrase, der Freihandel habe gesiegt, nur mit Einschränkungen und Erläuterungen richtig ist.

Soviel ist sicher, daß die liberale Partei in diesem Wahlkampfe die schwierigste Position gehabt hat. Von ihr, als der Mittelpartei, splitterte es nach rechts und nach links ab. Es gab ja Liberale, die Zusammenleben mit den Unionisten nicht vergessen können, und es gab auch Liberale, die gelernt haben, sozialistisch zu denken. Der richtige „Doggenkampf" spielte sich denn auch zwischen den Parteien ab, die einander näher stehen, zwischen den Labouristen und den Liberalen, nicht zwischen den Labouristen und den Unionisten, denn von diesen beiden Parteien gibt es nahezu keine gegenseitigen Konvertiten.

Wir haben uns die Mühe gemacht, die einzelnen Ziffern der Wahlkreise näher zu untersuchen und haben gefunden, daß die Labour Party und die Liberalen vereint Anspruch auf weit mehr Sitze hätten, als ihnen bei dem rückständigen relativen Mehrheitsrecht, wo nur der Stärkste von drei annähernd Gleichstarken ohne Stichwahl in Betracht kommt, zugefallen sind. Da aber Labour Party und Liberale vereint nicht zu denken sind, fällt für die Praxis dieser Fall außer Betracht.

Es ist darum auch nahezu ausgeschlossen, daß es zu einer Regierung auf der Basis der vereinigten nichtunionistischen Opposition kommen könnte, und vor allem muß jetzt schon vor dem Optimismus gewarnt werden, als könnte dieser Wahlausgang zu einer grundlegenden Wendung in der englischen Außenpolitik führen. In der liberalen Partei sind wohl einige wenige ausgesprochene Pazifisten vom Schlage jener in der Labour Party, das liberale Gros aber unterscheidet sich nicht wesentlich von der unionistischen Außenpolitik.

Die britische Außenpolitik ist vernünftiger als die französische, aber sie wird auch nach diesem Wahlausgang, der günstig für die Labour Party ist, nur insofern deutschfreundlich sein, als es England von Nutzen sein kann. Und England möchte Deutschland als Käufer auf seinen Rohstoffmärkten haben, ohne daß es als Konkurrent die britische Arbeitslosigkeit noch vergrößert. So wird in der Tat das Arbeitslosenproblem, wie wir es eingangs gesagt, zum gewichtigsten Faktor bei der Bewertung des britischen Wahlresultates.

Maßnahmen für das besetzte Gebiet.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin, 12. Dez. Das Reichskabinett hat nach erneuter eingehender Beratung der Lage und der Erfordernisse des besetzten Gebiets eine Reihe von Maßnahmen, die im besetzten Gebiet zur Durchführung kommen sollen, beschlossen. Die Rentenmark soll wegen der Gefahr der Beschlagnahme und weil ihre Fundierung im besetzten Gebiet bis jetzt nicht erfolgt ist, im besetzten Gebiet amtlich nicht eingeführt werden; doch bestehen gegen die Verwendung der Rentenmark im Postscheckverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet keine Bedenken. Zur Erleichterung des Uebergangs von der bisherigen Notgeldwirtschaft zur Einführung des wertbeständigen Notgeldes werden noch Verhandlungen mit der Reichsbank geführt werden, die Aussicht auf Erfolg haben. Die Schaffung von wertbeständigem Notgeld auf der vom Reichsfinanzminister mit den Vertretern des besetzten Gebietes vereinbarten Grundlage soll unverzüglich mit allem Nachdruck durchgesetzt werden. Die Ausgabe des wertbeständigen Notgeldes ist in wenigen Wochen zu erwarten. Den Gemeinden und Kommunalverbänden des besetzten Gebietes soll durch Verordnung die Befugnis beigelegt werden, im Wege eines einfachen Gemeindebeschlusses die Zahlung aller Abgaben und Gebühren mit wertbeständigem Notgeld anzufordern.

Gegen die Errichtung der geplanten rheinischen Goldnotenbank bestehen im Kabinett erhebliche Bedenken. Insbesondere ist vor der endgültigen Entscheidung in erster Linie die Frage zu klären, ob die rheinische Goldnotenbank in der künftigen deutschen Zentralnotenbank aufgehen wird. Um den Gemeinden die nötigen Mittel zu sichern, sollen die Reichsanteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, sowie zwei Drittel des Reichsanteils an der Umsatzsteuer, den Gemeinden, in deren Bezirk sie aufkommen, als Kassenvorschuß überlassen bleiben. Den Gemeinden wird ein Zuschlagsrecht zur Umsatzsteuer eingeräumt. Entsprechend den Wünschen des besetzten Gebietes und aller politischen Parteien soll das besetzte Gebiet auch weiterhin bei der Erwerbslosenfürsorge nach gleichen Grundsätzen behandelt werden, wie das übrige Deutschland. Die im Uebergangsetat für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge bis 31. März 1924 verfügbaren Mittel sollen nach Erschöpfung der für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet zunächst ausgeworfenen 88 Millionen Goldmark in gleichen Sätzen für besetztes und unbesetztes Gebiet zur Verfügung gestellt werden und zwar mit der Maßgabe, daß Länder und Gemeinden diese kontingentierten Reichszuschüsse mindestens in Höhe ihrer gesetzlichen Anteile beisteuern. Die Kurzarbeiterfürsorge muß nötigenfalls abgebaut werden. Es soll ferner die Gewährung von Erwerbslosenfürsorge verweigert werden, wenn vorhandene Arbeit ohne triftigen Grund nicht angenommen wird. Im übrigen sollen die bereits eingeleiteten charitativen Maßnahmen so nachdrücklich wie möglich betrieben und vom Reichswirtschaftsminister alle sachdienlichen Mittel angewendet werden, um namentlich durch entsprechendes Vorgehen gegen Ausschreitungen des Kartellwesens eine Senkung des Preisniveaus zu erreichen.

Die Fürsorge für die Gefangenen und für die ausgewiesenen Beamten und Privatpersonen soll mit der Maßgabe weiter geführt werden, daß im Hinblick auf die Finanzlage auf Einschränkungen und Ersparnisse bei der Ausgewiesenen-Fürsorge noch strenger als bisher hingewirkt werden soll. Für das Sonderverfahren und für die Ansprüche aus dem Okkupationsgesetz, dem Personalschädengesetz und den Richtlinien für die Entschädigungen der Ausgewiesenen bleiben die bisherigen Entscheidungen des Reichskabinetts mit den darin vorgesehenen Einschränkungen aufrecht erhalten. Erstattungsfähig bleiben demnach Quartiervergütung, Requisitionen von Möbeln, Gebrauchsgegenständen usw. Die Reichsregierung steht in voller Uebereinstimmung mit dem preußischen Staatsministerium auf dem Standpunkt, daß staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebiets nur auf verfassungsmäßigem Wege vollzogen werden könnten. Sie lehnt daher nachdrücklich jede Ermächtigung zu Schritten ab, welche außerhalb des in der Verfassung vorgesehenen Weges staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebiets vollziehen oder vorbereiten würden. Die Reichsregierung erstrebt, zur Linderung der ganz unerträglich gewordenen Besatzungslasten, zur Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit, der Befreiung der Gefangenen, zur Rückkehr der Ausgewiesenen, wie überhaupt zur Lösung aller Fragen des besetzten Gebiets möglichst bald in unmittelbare Verhandlungen mit den Besatzungsmächten zu kommen.

Die rheinische Goldmark.

Gemeinsames wertbeständiges Geld der besetzten Gebiete.

Düsseldorf, 12. Dez. Im Einverständnis mit der Reichsregierung ist es gelungen, ein gemeinsames wertbeständiges Geld aller Gemeinden des besetzten Gebiets zu schaffen und zwar eines Gebiets, das von Dortmund bis nach Ludwigshafen sich erstreckt und das Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Hessen und die Rheinpfalz umfaßt. Dieses Geld wird gedeckt durch eine gemeinsame 6prozentige auf Gold lautende kommunale Anleihe der beteiligten Städte und Landkreise und sonstigen kommunalen Verbände, für die die genannten Körperschaften solidarisch haften, ferner durch 6prozentige Reichsgoldanleihe und 6prozentige Reichsschatzanleihe. Die Einheit ist eine Goldmark (4.20 Goldmark = 1 Dollar). Die Ausgabe des wertbeständigen Geldes erfolgt durch die Landesbank der Rheinprovinz, die für die gesamten Landesbanken die Geschäfte wahrnimmt. Die Vorbereitungen zur Ausgabe des Geldes sind soweit gediehen, daß noch vor Weihnachten mit dem Erscheinen der ersten Serien dieses wertbeständigen Geldes gerechnet werden kann, und daß, wenn keine unvorhergesehenen Störungen eintreten, im Januar der gesamte Zahlungsmittelbedarf der besetzten Gebiete auf diese Weise wertbeständig gedeckt werden kann. Im Januar werden die Städte allgemein zur Goldrechnung übergehen und entsprechend einen Uebergangshaushalt für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1924 aufstellen. Mit der Besatzung hat man die notwendigen Vorverhandlungen gepflogen. Es steht zu hoffen, daß diese Verhandlungen in diesen Tagen sowohl in der Pfalz, wie für die neubesetzten Gebiete günstig zu Ende gehen.

*

Französische Erpressungsversuche in der Pfalz.

Die Franzosen versuchen jetzt in der Pfalz eine neue Methode, um ihren annektionistischen Plänen eine moralische Berechtigung zu geben. Im Verein mit den Separatisten versuchen sie, von allen Bürgermeistern Loyalitätserklärungen zu erpressen, oft mit vorgehaltenem Revolver, oft mit Drohungen anderer Art. Wo sich die Bürgermeister geweigert haben, die Loyalitätserklärung zu unterschreiben, in der sie den Anordnungen der separatistischen Gewaltregierung zu gehorchen versprechen sollen, hat man mit Entziehung der Freiheit gedroht, bis die Unterschreibung abgegeben wird.

Der Dank des Kölner Kardinals für die Auslandshilfe.

Köln, 11. Dez. Bei der Feier des 75jährigen Bestehens des Kölner Vinzenzvereins nahm Kardinal Schulte Gelegenheit, in tiefempfundenen Worten den Katholiken des Auslandes für ihre tatkräftige Hilfe zu danken. Für schnellste, teilnahmsvollste Hilfe dankte er besonders den Katholiken Hollands. Vor wenigen Tagen sei die Nachricht durch die Blätter gegangen, daß die Vereinigten Staaten Amerikas eine größere Hilfsaktion für Deutschland beabsichtigen. Hoffentlich komme diese auch zustande. Gerade in den letzten Tagen hätten offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten bei ihm vorgesprochen, einmal, um sich über den Umfang der deutschen Not zu unterrichten, dann aber, um festzustellen, ob Deutschlands Bürger ihrerseits auch alles täten, um sich gegenseitig brüderlich zu helfen. Er habe ihnen ruhig sagen dürfen, daß das deutsche Volk bemüht sei, soweit wie möglich auch aus eigener Kraft die gewaltige Not zu überwinden.

—)*(—

Nach den englischen Wahlen.

Der Londoner Kabinettsbeschluß: Abwarten des Parlaments-Zusammentreffen.

Folgendes amtliches Communique wird in der Downingstreet herausgegeben: Nach einer sorgfältigen Prüfung der verfassungsmäßigen Präzedenzien und ihrer Anwendung auf die gegenwärtige, durch das Ergebnis der neuen Wahlen entstandenen Situation hat das Kabinett einmütig anerkannt, daß es seine verfassungsmäßige Pflicht ist, im baldmöglichsten Augenblick vor das Parlament zu treten. Das Parlament wird daher, wie bereits vorgesehen, am 8. Januar 1924 zusammentreten.

Um Baldwins Verbleiben im Amt.

Der König hatte eine Konferenz mit Sachverständigen über Verfassungsfragen. Diese erklärten ihm, daß er vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt aus den Führer der stärksten Partei einladen müsse, die Regierungsbildung zu übernehmen. In diesem Sinne gestaltete sich auch die Unterredung zwischen Baldwin und dem König, wobei der erstere ersucht wurde, wenigstens bis zum Wiederzusammentritt des Unterhauses, d. h. bis 8. Januar, die Regierung beizubehalten. Wenn es Baldwin nicht gelingen sollte, im Unterhaus eine Regierungsmehrheit zu bekommen, so würde der König Ramsay Macdonald mit der Bildung der Regierung beauftragen. — Daily Telegraph teilt mit, daß Baldwin sich seine Antwort vorbehalten habe. Er wolle sich zuerst vergewissern, ob Asquith ihn bis zum 8. Januar unterstützen werde.

Nach dem diplomatischen Korrespondenten der Daily Mail hat Austin Chamberlain erklärt, daß es nach seiner Ansicht ein Fehler wäre, wenn Baldwin jetzt nicht demissionieren würde, wie er ursprünglich beabsichtigt habe, denn es sei gewiß, daß er beim Zusammentritt des Unterhauses zum Rücktritt gezwungen würde. Nach seiner Ansicht sei es das beste, wenn Balfour mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt würde.

Das endgültige Wahlergebnis.

London, 11. Dez. Das vollständige Wahlresultat ist folgendes: Konservative 256 (gegen 346 bei den letzten Wahlen), Arbeiterpartei 192 (1[illegible]), Liberale 156 (115), verschiedene Parteien 10 (9). Das Resultat aus dem Wahlkreise West-Derbyshire, wo der Kandidat gestorben ist, fehlt noch.

—)*(—

Wiederaufnahme des durchgehenden Verkehrs über Offenburg und Kehl.

Auf der Strecke Appenweier—Kehl verkehren sämtliche Personenzüge bereits vom Mittwoch, den 12. Dezember an. An diesem Tage wird auch schon eine größere Anzahl Personenzüge nach und von Offenburg geführt werden. Von Donnerstag, den 13. Dezember an wird der durchgehende Personenzugsverkehr über Offenburg in vollem Umfang aufgenommen. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

Der Durchgangspersonenzugsverkehr über Offenburg ist von den französischen Besatzungsbehörden ohne Beschränkung freigegeben worden. Paßzwang besteht daher für Reisende, die in Offenburg und Appenweier durchfahren und das Bahngebiet nicht verlassen vorerst nicht. Dagegen müssen alle Reisenden, die nach den Stationen des erweiterten Brückenkopfgebietes Kehl reisen, im Besitz der für das besetzte Gebiet allgemein vorgeschriebenen Ausweispapiere sein. An Personen, die nicht im Besitz solcher sind, oder nicht die erforderliche Zureisegenehmigung besitzen, werden Fahrkarten nach Appenweier, Windschläg, Offenburg, Schutterwald, Ortenberg, Legelshurst, Kork und Kehl nicht verabfolgt.

Gleichzeitig mit der Inbetriebnahme der Strecke Appenweier—Offenburg tritt ein neuer Aushangfahrplan in Kraft, in dem sämtliche am 12. November und 3. Dezember 1923 eingetretenen Fahrplaneinschränkungen und Aenderungen berücksichtigt sind und der im übrigen auf verschiedenen Strecken weitere Einschränkungen und Aenderungen enthält.

Die für die Umleitung des Verkehrs über die Hilfsstrecken vorgesehenen betriebs- und verkehrsdienstlichen Maßnahmen treten mit der Wiederinbetriebnahme der Strecken Appenweier—Offenburg außer Kraft, insbesondere fallen sämtliche Umlenkungszüge aus. Die Nachtschnellzüge D 41, Basel bad. Bahnhof ab 7.35 nachm., und D 44, Mannheim ab 1.35 vorm. werden in der Nacht vom 12.—13. Dezember letztmals über die Umleitungsstrecken gefahren.

Es empfiehlt sich, daß sich die Reisenden vor dem Reiseantritt über die Fahrgelegenheiten verlässigen. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

Die Abfertigung im Personenverkehr mit Kehl findet östlich von Kehl nach und von Kehl Ort zum Tarif der deutschen Reichsbahn, westlich von Kehl nach und von Kehl Ort zum französischen Tarif statt (Vergleiche auch 3. Seite unter „Baden".)

—)*(—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Rheinland-Reden und deutsche Zukunft.

Von H. Ruster, Bonn.

Im Preußischen Landtag hat man an der Lebensfrage des Rheinlandes und des Reiches wieder einmal so gründlich wie nur möglich vorbeigeredet. Wie man die dort geäußerten Gedanken mit den Worten bekannter rheinischer Führer — Erkelenz, Hagen und Adenauer — in Uebereinstimmung bringen will, ist uns unerfindlich. Im Reichstag stellte Abg. Dr. Kaas das Problem unter höhere Gesichtspunkte. Aus ihm sprach der Rheinländer, im Preußischen Landtag redeten zwar auch Abgeordnete vom Rhein, aber ohne jede innere Verbindung mit rheinischem Wollen, ohne die leiseste Ahnung von der großen internationalen Bedeutung der Rheinlandfrage, die Dr. Kaas mit lobenswertem Nachdruck hervorhob. Man wird wahrscheinlich noch viel Geduld aufbringen müssen, bis erkannt worden ist, daß die Frage um die zukünftige staatsrechtliche Form der Rheinlande niemals mit einer Lösung der Frage um die Versorgung der Erwerbslosen oder mit der Unterschriftleistung unter Wirtschaftsverträge zu beantworten ist. Die politische Seite des Problems, die sogenannte Sicherheitsfrage, ist die Basis, von der aus die Dinge ganz klar gesehen und behandelt werden müssen. Alle übrigen Versuche sind Umwege und nutzlose Bemühungen. Solange die deutsche Politik die Rheinlandfrage nicht unter diesen Perspektiven zu betrachten vermag, so lange sie nicht dazu kommt, aktive Rheinlandpolitik mit schöpferischer Politik im Sinne deutscher Neugestaltung zu verknüpfen, solange treiben wir steuerlos abwärts. Denn in der Rheinlandfrage liegt der Mittel- und Angelpunkt der gesamten deutschen Außen- und Innenpolitik der Zukunft. Diese Erkenntnis ist auf dem Wege, die rheinische Einstellung zu dem Gesamtkomplex der deutschen und der weltpolitischen Situation zu werden. Es hätte — wenn der vaterländischen Sache ohne Phrase gedient (und nicht geschadet) werden sollte — jetzt sowohl im Reichstag wie im Landtag darauf ankommen müssen, den deutschen Einheitsgedanken würdig, sachlich und mit überzeugenden Argumenten zu betonen. Darüber sind wir ja doch alle, von Trier bis nach Königsberg, einer einzigen Meinung: es gibt ein Heiliges in uns allen, das unangetastet bleiben muß um jeden Preis und das ist unser Deutschtum. Wie der Erhaltung dieses Deutschtums und vor allem der Wiederbelebung bester deutscher Tradition am wirksamsten zu dienen ist, darüber gibt es unter uns verschiedene Meinungen, darüber trennen uns von manchen großpreußischen Auffassungen sehr breite Klüfte. Kleinliche Bestrebungen innerer Machtpolitik, wie sie von deutschnationaler Seite in der wieder akuten Kabinettskrise vergeblich versucht wurden, muten heute so jämmerlich an, daß man wohl den Gedanken an eine fruchtbare Arbeitsgemeinschaft mit diesen Kreisen in den Angelegenheiten, die die ungelösten Grundfragen der europäischen Politik aufwerfen, gänzlich aufgeben muß. Wir sind sehr skeptisch in der Beantwortung der Frage, ob es den jetzigen Parlamenten überhaupt gelingt, die Kräfte zu entbinden, die die Politik der kommenden neuen Zeit (denn alles Heutige ist Uebergangskrise) zur Tat werden läßt.

Es ist schlechthin unmöglich, mit alten, wirklich nicht mehr anwendbaren Methoden und Mitteln eine zusammengebrochene Welt in neuem Geiste aufzurichten. Das wußte auch der große Rheinländer Goerres. Von ihm stammt das Wort: „Wenn wirklich aus der Verwesung der vergangenen Welt ein neuer Geist bildend und neugestaltend aufsteigen soll, dann muß er notwendig zuerst in dem neuen Geschlecht geboren werden, das die neue Zeit zu beherrschen berufen ist.“ Bietet die neue, heranwachsende deutsche Generation Aussichten und Voraussetzungen in diesem Sinne? Die Antwort darauf ist heute noch nicht leicht. Aber wir haben einen felsenfesten Glauben an die deutsche Mission in der Welt, nicht im kurzsichtigen, heidisch geschwollenen machtpolitischen Geiste, sondern im Geiste des zwar noch sehr jungen, aber doch schon deutlich erkennbaren Gedankens europäischer Zukunftsgestaltung, nämlich des Gedankens der Solidarität der abendländischen Völker.

—(⊙)—

Innere Politik.

Sozialdemokratische Parteikonferenz für Süddeutschland.

Würzburg, 10. Dez. Hier fand am Sonntag eine von dem bayerischen Landesausschuß und der bayerischen Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei einberufene, von 48 Teilnehmern auch aus Baden, Württemberg und Hessen stark besuchte sozialdemokratische Parteikonferenz statt, der auch zwei Mitglieder des Parteivorstandes in Berlin anwohnten. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Lage in Bayern und mit der Rheinlandfrage. Die einleitenden Referate gaben der bayerische Landtagsabgeordnete Endres und der badische Minister des Innern Remmele. Es schloß sich daran eine längere Aussprache, an der sich Vertreter aller vier Länder beteiligten und die wie die Mannheimer Volksstimme bemerkt, wenn auch nicht zu einer völligen Klärung führte, so doch wesentlich dazu beitrug, das Verständnis für alle diese großen Fragen zu fördern und gewisse, gemeinsame politische und taktische Richtlinien für die nächste Zukunft vorzubereiten. Der badische Minister des Innern Remmele faßte nach etwa vierstündiger Dauer das Ergebnis der Tagung dahin zusammen, der sozialdemokratischen Partei in den vier süddeutschen Ländern erwachse jetzt die Aufgabe, in dauerndem Benehmen miteinander die einschlägigen gemeinsamen Fragen weiter zu erörtern und diese großen Probleme nun auch vor das Forum der weiteren Oeffentlichkeit zu bringen.

—(⊙)—

Ausland.

Die englische Arbeiterpartei,

die bei den letzten Wahlen so große Fortschritte machte, ist nicht zu verwechseln mit der deutschen sozialdemokratischen Partei. Die Independent Labour Party, wie die Arbeiterpartei in England heißt, vereinigte sich zwar 1906 mit verschiedenen gewerkschaftlichen und politischen Vereinen, darunter auch mit der British Socialist Party, d. h. britischen sozialistischen Partei zu einer großen Verbandspartei; aber der Sozialismus, speziell in seiner deutschen marxistischen Form, ist für die Gesamtpartei durchaus nicht maßgebend. Der Führer der Arbeiterpartei Ramsey Macdonald ist weder Marxist noch Sozialist; er ist auch kein Gegner des Privateigentums und kein Anhänger des historischen Materialismus, kommt also in keiner Weise für die Sozialdemokratie in Betracht. Im übrigen ist Macdonald ein glänzender Redner und Schriftsteller. Er käme als Premierminister in Betracht, falls der König die Arbeiterpartei zur Regierung berufen würde. Bezeichnend ist, daß Macdonald bereits erklärt hat, unter gewissen Bedingungen zur Bildung eines Kabinetts bereit zu sein, doch möchte er von dem radikalen Flügel seiner Partei nicht behindert werden. Zu den Radikalen gehören Sozialisten und Kommunisten. Das beweist, daß die englische Arbeiterpartei durchaus keinen einheitlichen Charakter hat. Im Fall sie zur Regierung berufen würde, wäre daher ihr Auseinanderfallen wahrscheinlich.

—(*)—

Aus dem sozialen Leben.

Die Reichsarbeiter-Pensionskasse betr.

wird uns von einem Arbeiter geschrieben:

Wir Arbeiter sind uns voll bewußt, daß das Reich nach dem verlorenen Krieg zur sozialen Fürsorge im ganzen und zur Altersversorgung im besonderen nicht die Zuschüsse leisten kann, die notwendig wären. Erschwerend tritt hinzu die große Zahl Kriegsinvaliden und Hinterbliebene. Werfen wir aber einen Rückblick auf die fünf verflossenen Jahre, so macht man die Wahrnehmung, daß das Reich manchmal recht ungleich verteilt.

Der Reichszuschuß für jede Rente betrug von jeher 50 Mk.; diese Summe blieb durch die ganze Geldentwertungszeit bis heute die gleiche. Neu eingeführt wurden die noch nicht ausgebaut Erwerbslosenfürsorge, die Wöchnerinnenfürsorge und die Kinder- und Frauenzulage der Staatsarbeiter! Die Frauen- und Kinderzulage beträgt in der Woche vom 25. 11. bis 1. 12. 3 Pfg. in der Stunde für jeden Arbeiter und Beamten. Eine Vollwaise erhält von der Arbeiterpensionskasse als Zuschuß 800 Milliarden in derselben Woche, ergibt in der Stunde 1,66 Pfg., eine Halbwaise 600 Milliarden in der Stunde 1,25 Pfg., eine Witwe 1200 Milliarden, ergibt in der Stunde 2,5 Pfg. Stellen wir ein Beispiel gegenüber: einen vollbeschäftigten Arbeiter mit Frau und drei Kindern; er erhält in der Stunde eine Zulage zum Lohn für Frau und Kinder von 12 Pfg.; stirbt der Mann, so erhält die Witwe mit den drei Kindern mit der hinzugekommenen Not als Rente der Pensionskasse nur noch 6,25 Pfg. in der Stunde, ein Weniger von 5,25 Pfg. Eine Frau und drei Kinder mit dem Lohn eines vollbeschäftigten Mannes, können doch nicht eine sozusagen doppelte hohe Zulage erhalten wie eine Witwe mit drei unversorgten Kindern? Ebenso eine Frau eines vollbeschäftigten Arbeiters oder Beamten gegenüber einer alten gebrechlichen Witwe? Die Renten aus der Invalidenversicherung erreichen nicht ganz die Höhe der oben bezeichneten Kasse. Somit kann jeder Leser sich ein Bild machen, in welcher Notlage die Sozialrentner stehen. Es sollten doch Frau und Kinder, denen der Ernährer gestorben ist, mindestens nicht weniger bekommen, als Frau und Kinder, die noch einen Ernährer haben!

Ein Altrentner mit ungefähr 40 Dienstjahren erhält in derselben Woche rund 2,4 Billionen, ergibt mit 48 Stunden in der Woche gerechnet in der Stunde 5 Pfg. Ein Neurentner mit der Invalidenversicherung zusammen wird erhalten mit über 40 Dienstjahren 5,40 Billionen in der Woche, in der Stunde 11,25 Pfg. Also ein Altrentner mit einer ebenso alten arbeitsunfähigen Frau hat zusammen 5 Pfg. zum Leben; dagegen eine Frau und Kind eines vollbeschäftigten Arbeiters oder Beamten 6 Pfg. Wer die angegebenen Zahlen würdigt, wird zu dem Ergebnis kommen, daß die staatliche Fürsorge eine falsche ist, umso mehr, weil die Rentenempfänger von ihrem kärglichen verdienten Lohn Beiträge entrichten mußten, also ein Anrecht auf bessere Fürsorge begründet ist.

Um die sozialen Nöte der wirklich verarmten Rentner einigermaßen zu verbessern, müßten die Renten aus der Arbeiterpensionskasse gegenüber den Zuschüssen der Kinderzulagen verdoppelt werden. Eine Halbwaise in der Stunde 6 Pfg., in der Woche 288 Pfg., eine Vollwaise 8 Pfg., in der Woche 384 Pfg., eine Witwe 12 Pfg., in der Woche 576 Pfg., ein Rentner in der Stunde 24 Pfg., in der Woche 1152 Pfg. Diese Sätze müßten als Minimum betrachtet werden. Die Not der Sozialrentner zu schildern, ist überflüssig, da jeder normale Mensch aus diesem Einkommen die Not ersehen wird.

Speziell für die alten Leute sollte besser gesorgt sein, zumal sie vielfach krank und gebrechlich sind. Ehre die Eltern und das Alter, lehrt man mit Recht gemäß den Geboten Gottes die Kinder. Der Staat sollte hierin bezüglich der Altrentner, Witwen und Waisen mit gutem Beispiel voraus gehen.

—(*)—

Beamtenfragen.

Die Neuregelung der Beamtengehälter.

Die Berliner Verhandlungen über die Goldgehälter der Reichs- und Staatsbeamten haben zu einer Vereinbarung geführt. Mit Wirkung vom 1. Dezember werden danach folgende jährliche Grundgehälter gezahlt:

A. Aufsteigende Gehälter:

Gruppe 1 (Schrankenwärter): 606—810 Mk.
Gruppe 2 (Postbote): 666—888 Mk.
Gruppe 3 (Schaffner): 726—972 Mk.
Gruppe 4 (Lokomotivführer): 834—1110 Mk.
Gruppe 5 (Zugführer): 978—1302 Mk.
Gruppe 6 (Sekretär): 1152—1536 Mk.
Gruppe 7 (Obersekretär): 1380—1860 Mk.
Gruppe 8 (Inspektor): 1620—2160 Mk.
Gruppe 9 (Oberinspektor): 1890—2520 Mk.
Gruppe 10 (Regierungsrat): 2250—3000 Mk.
Gruppe 11 (ält. Regierungsrat): 2610—3480 Mk.
Gruppe 12 (Oberregierungsrat): 3060—4080 Mk.
Gruppe 13 (Ministerialrat): 3750—4950 Mk.

B. Einzelgehälter:

1. Reichsgerichtsrat: 5380 Mk.
2. Präsident: 5820 Mk.
3. Ministerialdirektor: 6690 Mk.
4. Botschafter: 7026 Mk.
5. Staatssekretär: 9000 Mk.
6. Minister: 13 500 Mk.
7. Reichskanzler: 15 000 Mk.

Zu diesen Sätzen tritt überall ein Ortszuschlag; er beläuft sich in Ortsgruppe A bei einem Einkommen bis 726 Mk. auf 120 Mk., bis 834 auf 150, bis 978 auf 180, bis 1200 auf 210, bis 1890 auf 230, bis 2970 auf 270, über 2970 auf 300 Mk.

Die Frauenzulage beträgt 84 Mk. im Jahr, die Kinderzulage bei einem Kind vom 1.—6. Lebensjahr 132, vom 7.—14. Lebensjahr 159 und vom 15. bis 21. Lebensjahr 180 Mk. jährlich.

Protest der Beamten gegen die neuen Besoldungssätze.

Im Reichstag trat gestern nachmittag zum ersten Male der Fünfzehnerausschuß zusammen, den die Reichsregierung vor der Herausgabe von Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes gutachtlich zu hören hat. Die vom Reichskabinett gefaßten Beschlüsse betreffend die Beamtenbesoldung werden dem Ausschuß zur Kenntnis gebracht werden. Gegen die Besoldungsverordnung werden aus der Beamtenschaft scharfe Proteste erhoben, deren Berechtigung auch von der Regierung anerkannt wird; angesichts der Finanzlage des Reiches aber glaubt die Regierung vorläufig bei den beschlossenen Sätzen bleiben zu müssen. Im Januar soll jedoch eine Ueberprüfung der Gehaltsätze erfolgen, die je nach den Steuereingängen eine Erhöhung erfahren sollen.

Die Arbeitszeit der bayerischen Beamten.

In einer Bekanntmachung sämtlicher bayerischer Staatsministerien an die Beamtenschaft wird erklärt, daß die außerordentliche Notlage der Finanzen zu einem Abbau des Beamten- und Angestelltenkörpers zwinge. Da der Aufgabenkreis der Behörden zugleich nicht verringert wird, muß zunächst die Arbeitsleistung gesteigert werden. Sämtliche bayerischen Staatsministerien haben in einer gemeinsamen Bekanntmachung angeordnet, daß die 48stündige Woche Arbeitszeit als Mindestarbeitszeit der Beamten in allen Verwaltungszweigen durchzuführen ist. Die Beamten seien verpflichtet, über die festgesetzte Dienststunde hinaus, soweit es das dienstliche Bedürfnis erfordere, zu arbeiten, ohne daß hierfür eine besondere Entschädigung gewährt wird. Ueber die 48 Stunden hinaus, soll die wöchentliche Arbeitszeit nur vorübergehend bei besonderer Inanspruchnahme der Behörden erstreckt werden.

—(⊙)—

Steuerfragen.

Umsatzsteuer in Gold.

Von der Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe gehen uns nachstehende Ausführungen zu: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident unter dem 7. Dezember verordnet, daß die in den Monaten Dezember 1923 und Januar 1924 fälligen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer in Goldmark zu berechnen sind. Die Umrechnung ist verschieden, je nachdem der Steuerpflichtige in den Monaten November und Dezember Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt hat oder nicht. Als wertbeständige Einheit gilt einmal die Goldmark auf der Grundlage von wertbeständigen Zahlungsmitteln des Reichs, der Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände); daneben kommen auch Bücher in Betracht, die in folgenden ausländischen Zahlungsmitteln geführt sind: Argentinische Papier-Pesos, belgische Francs, brasilianische Papier-Milreis, chilenische Papier-Pesos, dänische Kronen, englische Pfunde, finnische Mark, französische Francs, holländische Gulden, italienische Lire, japanische Yen, kanadische Dollars, Kuba-Dollars, mexikanische Dollars, norwegische Kronen, schwedische Kronen, schweizerische Francs, spanische Peseten, tschechische Kronen, türkische Pfunde, Vereinigte Staaten von Nordamerika Dollars. — Bei Führung der Bücher auf wertbeständiger Grundlage hat der Steuerpflichtige die Entgelte in Goldmark oder in ausländischen Zahlungsmitteln anzugeben und in Goldmark umzurechnen. Die Umrechnung ausländischer Zahlungsmittel erfolgt nach dem Goldmarkkurs, den sie am letzten Werktag des Vorauszahlungsabschnitts an der Berliner Börse gehabt haben. Sind die Bücher im November und Dezember nicht auf wertbeständiger Grundlage geführt, wie es zweifellos die Regel bildet, so sind die Vorauszahlungen nach dem Durchschnitt des Dollarkurses im Vorauszahlungsabschnitt auf Goldmark umzurechnen; umfaßt der Vorauszahlungsabschnitt mehrere Monate, so ist das Mittel der Monatsdurchschnitte der Umrechnung zu Grunde zu legen. — Die hiernach im Dezember fällige Vorauszahlung ist bis zum 18. Dezember 1923 zu entrichten; dabei wird die Vorauszahlung, die nach dem bisherigen Rechtszustand bis zum 7. Dezember zu leisten war, angerechnet.

—(*)—

Parlamentarisches.

Zur Verlängerung der Zuckerungsfrist

des Jahrgangs 1923 ist von den Abgg. Vellin, Dr. Kaas, Neyses und von Guerard mit Unterstützung weiterer

---

Der Kaplan von Heiligenberg.

51) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Hubertus-Prinz Graf Strachwitz.

47.

Nach etwa einer halben Stunde verließen zwei Wagen den Marstall, einer eilte nach der Kreisstadt, der andere fuhr nach der Verglette entlang bis Leuthen, nur wenige hundert Meter von der Landesgrenze entfernt. Onkel Heinrich hätte sie wohl überschreiten können, aber auf dem Rückweg in der Nacht war der Schlagbaum gefällt, dann könnte es für Ziegler unliebsame Erkennungsszenen mit den Zollbeamten geben; denn wenn auch die Grenzaufsicht zwischen den befreundeten Staaten milde gehandhabt wurde, so wurde doch den Schmugglern ordentlich aufgepaßt. Graf Heinrich Tannenberg ließ den Wagen im Gasthaus zurück und passierte unbehelligt zu Fuß die Grenze, die an diesem Höhenrücken entlang lief. Die Sonne, ihrem Untergang nahe, verlor sich hinter einer schwarzaufsteigenden Wolkenwand. Ueber die Berge zuckten Blitze hin, über die Täler und Hügel lief ein leises Rollen. Onkel Heinrich kannte den Weg, er mußte etwa eine gute Stunde die waldumsäumte Landstraße hinabsteigen, bis er ein Plateau betreten konnte, das sich unter Wiesengelände in dunklen Baumgängen verlor, die ohne jede Umzäunung durch einen weitläufig englisch angelegten Park von rückwärts zu dem Schloß hinführten, dessen weißer Turm auf dem letzten Ausläufer des Berges als Vorposten stand. Er kam endlich an dem Marstallgebäude vorbei, an dem ein bischöflicher Kutscher eine Petroleumlampe in das Gehänge hob: „Ist der Herr Fürstbischof anwesend?“

„Jawohl — — —Fürstliche Gnaden sind da.“

Einige Schritte weiter lag über duftenden Rosenhärten und einer barocken Glasveranda die breite Auffahrtsterasse, an deren oberen Ende der hellerleuchtete Eingang in das Schloß.

Ein Lakai lungerte herum: „Was wünschen der Herr?“

„Seine Fürstlichen Gnaden sprechen, bitte anmelden, Graf Heinrich Tannenberg.“

Der Bediente hatte Bedenken: „Ob der Herr Fürstbischof noch heute empfangen wird?“

Eben klangen von dem Kirchturm drunten aus dem Städtchen sieben Schläge den Berg hinauf.

„Es ist Tafelzeit.“

Onkel Heinrich drängte: „Sehr wichtige Angelegenheit, melden Sie mich nur an,“ drückte ihm einen Gulden in die Hand, den er noch von seiner österreichischen Reise besaß. Der Diener murmelte: „Wollen sehen,“ und eilte die im Viereck gequaderte Holztreppe hinauf. Die Eingangshalle war beschränkt, Johannesberg war kein eigentliches Luxusschloß, mehr zum Sommer- und Jagdaufenthalt bestimmt. Der Lakai begegnete im zweiten Stock dem Kammerdiener Maliske, der die Wichtigkeit gleich begriff. In diesen unglücklichen Zeiten kamen solche geheime Besuche nicht selten vor. Der Name Tannenberg war ihm wohlbekannt, er wußte auch um den Kaplan von Heiligenberg, der seit einigen Wochen sich in der Umgebung des Fürstbischofs befand.

Schon nach wenigen Minuten wurde Graf Tannenberg hinaufgeleitet, dann im zweiten Stockwerk wieder einige Stufen hinab, die anscheinend einen Anbau des 19. Jahrhunderts mit dem Bau aus dem Mittelalter verbanden. Eine Petroleumlampe dusterte an der Ecke, der Diener klopfte, und öffnete gleich darauf ein weitläufiges Gemach, das in dem einfachen Geschmack der Biedermeierzeit eingerichtet war. Gelbgeschnitzte Möbel standen herum, grünseidene Vorhänge an geglättetem Messingblech, zwei Lampen mit ausreichendem Oelbehälter und ein Kronleuchter in sechs Arme auseinanderstrahlend mit Wachskerzen. Drei brannten, anscheinend eben angezündet.

An einem ovalen bücherbedeckten Tisch saß der Fürstbischof im gelben Sessel. Sogleich erhob er sich, ein Greis, der im fünfundsiebzigsten Lebensjahr stand, seit über zwanzig Jahren die größte Diözese Deutschlands leitete, und nun in Verbannung lebte. Die einst sehr imposante Gestalt war gebeugt, das den starken Kopf umwallende Haar schneeweiß, die Züge des Gesichtes groß und ernst geschnitten, mit den Merkmalen des Leidens um die starke Nase, wie um die ausgeprägten bartlosen Lippen und gütige graue Augen. In dem Augenblick, als er sich aufraffte, den Gast zu begrüßen, war alles an ihm natürliche Güte und in seinen Augen die Frage: Was bringst du?

Er straffte seine Gestalt in seiner schwarz-violettgesäumten Sutane und schob mit zitternder Hand das Kreuz über der Brust zurecht, dann reichte er sie zur Begrüßung: „Herr Graf, was führt Sie zu mir in dieser späten Stunde?“

Als er dessen Lippen auf seiner Hand spürte, lächelte er sehr milde. Er kannte die Tannenbergschen Verhältnisse und wußte gleich zu schließen: so küßt kein Gegner die Hand eines Bischofs. Er führte den Grafen zu einem Sessel neben seinem Arbeitstisch und nahm selbst Platz: „Wir kennen uns, ich erinnere mich, Sie vor zehn Jahren in Heiligenberg gesehen zu haben, als ich dort firmte und bei Ihrem Vetter zu Gast war.“

Richtig — Onkel Heinrich hatte es vergessen.

„Fürstbischöfliche Gnaden, ich komme in einer eiligen und wichtigen Sendung, sonst hätte ich mir diese Aufwartung am Abend nicht erlaubt. Meine Schwägerin liegt im Sterben und...“

„Sie verlangt wohl nach einem Priester?“

„Ja, und zwar nach dem Kaplan Ziegler.“

„Ziegler,“ — da lag Sonne über dem vergrämten Gesicht, „der Kaplan von Heiligenberg. Bitte erzählen Sie.“

Onkel Heinrich berichtete von der Gefangennahme seines Vetters, von den unglücklichen Zuständen, kaum ein Priester in der ganzen Gegend...“

„Kein Priester,“ da schluchzte der Greis auf, barg das Haupt zwischen den Händen, „die armen Menschen ohne Priester. Sie suchen Ziegler? Er ist hier und wird ohne Zweifel bereit sein. Aber wenn Sie ihn mitnehmen, wird dieser Weg ihn nicht in das Gefängnis führen?“

Das war eine berechtigte Sorge.

Plötzlich wandte sich der Bischof voll dem Grafen zu: „Verzeihen Sie, wieso sind Sie der Bote — — hatten Sie uns nicht verlassen — — und jetzt...?“

Wenn es eine List war, wenn der Graf den Kaplan über die Grenze locken und den Häschern ausliefern wollte — so ein Gedanke war nur durch die Verworrenheit der Zeiten möglich.

Er sah ihm tief in die Augen.

Graf Heinrich fuhr in seiner Erregung mit der Hand einige Male über seinen Schädel: „Hochwürdigster Herr, ich bin bekehrt. Ich habe meinen alten Glauben wiedergefunden und möchte meinen Verwandten einen Dienst erweisen.“

„Ich glaube Ihnen, und danken Sie Gott,“ sagte der Bischof einfach.

Er griff nach einem bequasteten Glockenstrang. Als der Kammerdiener eintrat: „Bitten Sie den Herrn Kaplan von Heiligenberg zu mir.“

Der Diener eilte fort. Einige Augenblicke Stillschweigens, dann zeigte der Bischof nach einem Kreuz geschnitzter Art: „Er hat es uns gesagt, was wir seinetwegen werden leiden müssen.“

Da hätte sich Graf Heinrich dem Bischof in Liebe und treuer Ergebenheit zu Füßen werfen mögen, und mit Schaudern gingen seine Gedanken zurück. —

(Fortsetzung folgt.)

Zentrumsabgeordneter folgender Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreitet worden:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1. Für die Weine des Jahrgangs 1923 wird die Zuckerungsfrist des § 3 Abs. 2 des Weingesetzes vom 7. April 1909 bis zum 30. Juni 1924 verlängert. Artikel 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

—(*)—

Kleine politische Meldungen.

Coolidge gegen eine Unterstützung Deutschlands. Präsident Coolidge hat sich gegen den Vorschlag des Senators Lenroot, der eine Geldbewilligung Deutschlands vorsieht ausgesprochen.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag. Ueber den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag, der auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen worden ist, wird von deutscher amtlicher Seite keine weitere Mitteilung gemacht. Wie man erfährt, ist die während und nach dem Abschluß beabsichtigte Geheimhaltung auf besonderen Wunsch oder auf Forderung der Vereinigten Staaten zurückzuführen, die eine Bekanntmachung des Vertragsinhalts vor Annahme des Vertrages durch den Senat nicht wünschen.

Englische Wahlpropaganda. Der Frankfurter Zeitung wird den 7. Dez. aus London telegraphiert: Die Wahlpropaganda führt auf den Straßen zu den unglaublichsten Szenen. In Southwark ließ der Wahlkandidat Harry Day ein ganzes Variété auf der Straße spielen. Er hatte einen bekannten Humoristen, eine Anzahl Cabarettkünstler, etwa 80 Balletttänzerinnen, einen Bauchredner und einen Akrobaten gemietet, die auf der Straße Vorstellungen gaben. Sobald sich genügend Zuschauer eingefunden hatten, zog man im Triumph nach dem Wahllokal.

—) * (—

Baden.

Die Fleischsteuer

ist für Hausschlachtungen auf Antrag des Finanzministers bekanntlich durch das Staatsministerium aufgehoben worden, sobald man die Erfahrung gemacht hatte, daß infolge der fortwährenden Geldverschlechterung diese Steuer gerade für kleine Wirtschaften kaum tragbar war. Bei unsern wirtschaftlichen Verhältnissen streitet ganz natürlicherweise fortwährend die finanzielle Not des Staates mit dem Interesse der Steuerzahler. Und es ist kein Wunder, wenn auf dem Steuergebiet, solange die dringend notwendige Vereinfachung noch nicht durchgeführt ist, fortwährend Aenderungen bezw. Modifizierungen der Steuererlasse vorkommen. Im Landbundorgan wird nun darüber gestritten, wer die Aufhebung der Fleischsteuer für Hausschlachtungen fertig gebracht habe und von Schindluderpolitik in der Zentrumspresse gesprochen. Wir interessieren uns für den Streit und das Geschrei nicht weiter. Uns genügt die Aufhebung der Fleischsteuer in dem genannten Umfang und die Tatsache, daß die Regierung damit einem dringend geäußerten Wunsch sowohl der betroffenen landwirtschaftlichen Kreise, wie der landwirtschaftlichen Organisationen und der Landtagsfraktionen, die für die Interessen der Landwirtschaft besonders tätig sind, bereitwilligst nachkam. Einen Streit darüber, wer nun in diesen Bemühungen wirklich den Vogel abgeschossen hat, finden wir so lächerlich, wie die Behauptung des Landbundorgans, die Landesorganisationen und die örtlichen Organisationen des Landbundes hätten „schon lange vor dem Zentrum u. seinen Trabanten alle Schritte getan, um die Aufhebung der Fleischsteuer zu erzwingen;" das sei gelungen. Die Regierung wird sich schon dafür bedanken, daß man ihr nachsagt, sie hätte sich vom Landbund mit seinen sieben oder acht Männlein im Landtag „zwingen" lassen, eine Maßnahme auszusetzen, deren Aufhebung durch Rücksichten der Gerechtigkeit geboten war. Die Landbundabgeordneten hätten im Landtag überhaupt noch nie etwas durchgesetzt, wenn sich nicht die beste und wirksamste Vertretung der badischen Landwirte außerhalb der Landbundfraktion befände. Es heißt in der Tat Schindluder mit der Wahrheit treiben, wenn man dem Landbund nachsagt, er sei imstande etwas zu „erzwingen". Und die Landwirte, die dem Landbund so etwas glauben würden, müßten in der Tat polizeiwidrig große Kartoffeln haben. Die Fleischsteuer wurde eingeführt durch die Not, in der sich die Staatsfinanzen befinden; und für Hausschlachtungen aufgehoben wurde sie aus Billigkeitsgründen gegenüber den kleinen Leuten, die für den eigenen Haushalt schlachten können.

Im Zeichen der Sparsamkeit.

Man schreibt uns:

„Es war einmal ein Mann, der schlachtete ein Schwein und löste dazu als treuer Untertan um etliche hundert Milliarden einen Schlachtschein. Und es war auch eine badische Behörde am Bodensee, und sie fand, daß der Schein um 175 Milliarden zu nieder berechnet war. Sie schreibt also flugs, wie sich's für eine energische und umsichtige Behörde geziemt, einen Brief an den Steuererheber für 100 Milliarden Porto. Der Steuererheber sendet, wie befohlen, innerhalb 3 Tagen die nacherhobenen 175 Milliarden für 200 Milliarden Porto! Nunmehr ist der Schaden glücklich abgewendet. Freudig kann die Behörde die 175 Milliarden Einnahme buchen; daß der Staatshaushalt dafür 300 Milliarden Ausgaben hatte, wird ihr sicherlich ihre Freude nicht verderben. Also geschah's, nicht vor 100 Jahren, a's es noch Schildbürger gab, sondern im Jahre des Heils 1923, als eben der Vater Staat zur äußersten Sparsamkeit übergegangen war."

Ein anderer Fall: Es hat jemand zur Begleichung irgend einer Steuerschuld 1000 Mk. Kriegsanleihe eingeschickt — 200 Mk. mehr als er zu zahlen hatte. Längere Zeit darnach, als das Porto schon einige tausend Mark betrug, bekommt er von der Steuerbehörde die 200 Mk. zuviel bezahlte Steuer zurück mit eingeschriebenem Brief, der etwa 20 000 Mk. Porto kostete. Auch das ist nicht erfunden, sondern vorgekommen in diesem Jahr, das an Sonderbarkeiten ja so reich ist. Wie viele solche Fälle, die stillschweigend von ihren Erlebern registriert wurden, mögen sonst noch vorgekommen sein? Wäre es denn wirklich nicht möglich, solchen Widersinn ganz zu vermeiden? Der Schaden, den die Staatskasse erleidet, ist ja vielleicht nicht groß, aber der Widersinn umso größer und die Papierverschwendung auch. Das sollte man doch für alle Zukunft ohne weiteres unmöglich machen mit einer allgemeinen Anordnung etwa dahin gehend, daß Beträge, die so gering sind, daß die Uebersendung mehr Kosten macht, von behördlichen Kassen nicht mehr ausbezahlt werden, wenn sie nicht abgeholt werden. Ebenso sollten Beträge, deren Einholung mehr Unkosten verursacht, als sie selber wert sind, lieber in den Kamin geschrieben werden, als daß man sie der Form wegen einzieht.

Der Eisenbahndurchgangsverkehr über Offenburg

soll, wie wir hören, von heute (Mittwoch) an, wieder aufgenommen werden. Und zwar sollen heute die Personenzüge wieder fahren und morgen auch die Schnellzüge. Die Bahnhöfe Offenburg und Appenweier sind vollkommen wieder in deutschem Betrieb. Die Schwierigkeiten, die der sofortigen Wiederaufnahme des Verkehrs entgegenstanden, wären demnach behoben. Wir teilen das unter Vorbehalt mit; eine Angabe darüber, wie die Züge fahren und ob, wie anzunehmen ist, der Verkehr über den Schwarzwald nach Freiburg zu gleicher Zeit eingestellt wird, fehlt uns. Wir wollen nur, indem wir mitteilen, was wir zuverlässig gehört zu haben glauben, das merkwürdige Stillschweigen der Eisenbahnverwaltung über eine Angelegenheit, die die Oeffentlichkeit im höchsten Maße interessiert, durchbrechen. Man könnte zwar sagen, die Presse hätte sich bei der Eisenbahndirektion erkundigen sollen; aber wir sind der Meinung, daß die Eisenbahndirektion von sich aus allen Grund hätte, ohne weiteres die Presse, d. h. die Oeffentlichkeit, möglichst rasch und frühzeitig zu informieren, da die Eisenbahnverwaltung zusammen mit dem reisenden Publikum die allerersten Interessenten an einer genaueren Darlegung der Sachlage sind.

Soeben wird uns vom Hauptbahnhof Karlsruhe geschrieben:

„Wiederaufnahme des Durchgangsverkehrs nach und vom Oberland. Heute (Mittwoch) wurde der Verkehr nach Konstanz und Basel infolge Aufhebung der seitherigen Verkehrssperre Appenweier-Offenburg-Niederschopfheim in beschränktem Umfang wieder aufgenommen. Als erster Durchgangszug verließ P 1418 (ab 5 Uhr früh) nach Konstanz den hiesigen Hauptbahnhof. Derselbe hat in Offenburg Anschluß nach Basel. Von Basel trifft als erster Zug P 961 (an 1.40 Uhr nachm.) über Offenburg hier ein. Eine Erweiterung des Fahrplans ist für die nächste Zeit vorgesehen."

—(*)—

Chronik.

Baden.

Durlach, 11. Dez.

Einer der Führer der hiesigen Erwerbslosen, Wilh. Grammelsbacher, hatte in verschiedenen Versammlungen die Arbeitslosen gegen die Stadtverwaltung aufgehetzt, obwohl diese in mehrmaligen Verhandlungen den Arbeitslosen weitgehende Zugeständnisse gemacht hat. Grammelsbacher, der nun von der Polizei verhaftet worden war, hat sich nun im hiesigen Amtsgefängnis erhängt. Er war wegen Diebstahls zur Verbüßung von drei Monaten Gefängnis ausgeschrieben und wurde von den Staatsanwaltschaften Freiburg und Karlsruhe wegen dreier Diebstähle gesucht.

Mannheim, 10. Dez.

Der Abbau der Lebensmittelpreise nimmt, gefördert vom hiesigen Preisprüfungsamt, seinen Fortgang. Der Senkung der Fleischpreise ist die des Mehl- und Brotpreises gefolgt. Mehl ist im Preise von 42 auf 24 Pfennig in 14 Tagen zurückgegangen. Zucker von 85 auf 72, Schmalz um 10 Pfg.; ebenso sind verschiedene Kolonialwaren in gleichem Verhältnis billiger geworden. Die Forderungen für verschiedene Bekleidungsartikel sind im Durchschnitt um 10 Prozent ermäßigt worden. Nicht zurückgegangen sind bis jetzt die Schuhwarenpreise; dagegen werden die Schuhreparaturen ab Montag um 10 bis 15 Prozent verbilligt werden.

Heddesheim (Amt Weinheim), 10. Dez.

Auf dem benachbarten Straßenheimerhof wurde beim Ausdreschen des Getreides die Leiche eines 16jährigen Mädchens aufgefunden, das sich wahrscheinlich zum Schutze gegen Nässe und Kälte unter das Getreide in der Feldscheuer versteckt hatte. Die Feststellungen haben ergeben, daß das Mädchen von Wallstadt gebürtig und seinen Eltern schon vor Wochen entlaufen sei. Wie der Tod eintrat, wird die Untersuchung ergeben. Ein Verbrechen liegt jedenfalls nicht vor.

Rastatt, 10. Dez.

In der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember brach in der Waggonfabrik Stierlen-Werke Großfeuer aus. Der Brand war in einem zur Reparatur stehenden Packwagen ausgebrochen und hatte sich von dort aus auf das Dach der erst in den letzten Tagen fertiggestellten Halle übertragen. Der Packwagen ist völlig ausgebrannt. Am Tage vor Ausbruch des Brandes war in dem Wagen mit einem autogenen Schweißapparat gearbeitet worden und es wird daher vermutet, daß die Entstehung des Brandes darauf zurückzuführen ist. Der Schaden an Gebäude und Fahrnissen wird auf 50 000 Goldmark geschätzt.

Freiburg i. Br., 11. Dezember.

Vor einem Mord- und Selbstmordversuch konnte die 29jährige Ehefrau eines Mechanikers noch im letzten Augenblick zurückgehalten werden. Sie hatte sich mit ihren drei in zartem Alter befindlichen Kindern auf die Schienen der Breisacher Bahn gelegt, um sich überfahren zu lassen. Die Tat wurde durch Bahnbeamte vereitelt.

Triberg, 11. Dezember.

Nach langem, schwerem Leiden ist Bürgermeister Johann de Pellegrini am 9. Dezember aus diesem Leben geschieden. Der Verstorbene, der kurz vor der Vollendung seines 51. Lebensjahres stand, leitete seit nahezu 20 Jahren die Geschicke der Stadt Triberg, unermüdlich und mit eiserner Tatkraft stets darauf bedacht, Wohlstand und Ansehen des ihm anvertrauten Gemeinwesens zu heben und zu mehren. Was er der Stadt Triberg bedeutete, ist so augenfällig, daß es kaum möglich ist, in kurzen Worten sein rastloses Wirken und dessen Erfolge zusammenzufassen. In großzügigster Weise löste er an ihn herantretende Aufgaben auf dem Gebiete der kommunalen Verwaltung, der sozialen Fürsorge und der Hebung des Fremdenverkehrs, so daß es ihm gelang, der Stadt Triberg eine führende Rolle unter den Schwarzwaldstädten hinsichtlich ihrer industriellen Bedeutung und zugleich auch als Fremdenplatz ersten Ranges zu sichern. Nicht unerwähnt sei auch sein Verdienst um die Hebung des Wintersports im Schwarzwald. Seine außergewöhnlichen Fähigkeiten wirkten sich auch weiterhin aus als langjähriger Vorsitzender des Kreisausschusses Villingen—Triberg und als Vorsitzender des Verbandes der mittleren Städte Badens. Neben seiner überaus starken dienstlichen Inanspruchnahme fand de Pellegrini auch noch Zeit, anderen wichtigen Problemen nachzugehen, von deren Lösung er sich große Erfolge nicht nur für Triberg im besonderen, sondern auch für den ganzen mittleren Schwarzwald im allgemeinen versprach. So war er z. B. seit Jahren Vorsitzender der Kommission zur Errichtung eines Großkraftwerkes im Bereich der Triberger Gutach, an dessen Verwirklichung er selbst während seiner Krankheit rastlos weiterarbeitete. Alle, die diesen Mann von seltenen Geistesgaben zur Erfassung neuzeitlicher Aufgaben kennen zu lernen Gelegenheit gehabt haben, werden ihm weit über sein Grab hinaus ein ehrenvolles Andenken bewahren. Nicht nur die Stadt Triberg verliert in ihm ihr verdienstvollstes Oberhaupt, sondern mit ihm ist eine der markantesten Persönlichkeiten des badischen Schwarzwaldes überhaupt dahingegangen. Reich war sein Leben an harter Arbeit, aber auch groß waren die Erfolge, die seine Werke krönen.

Donaueschingen, 10 Dez.

Nach neueren Meldungen wird der Sonntagsverkehr auf der Bregtalbahn nicht eingestellt. Die Proteste in dieser Angelegenheit sind also nicht wirkungslos geblieben.

Der Sinn der Caritasopferwoche.

Das Wesentliche an der Caritasopferwoche ist, daß die Gaben mit einem Opfer verbunden sind. Es sollte also nicht bloß vom Ueberfluß und vom leicht Entbehrlichen gegeben werden, sondern es soll jeder selbst Entsagung üben, um den anderen zu helfen. Jeder soll freiwillig einmal eine Woche an der Not des ganzen Volkes teilnehmen, um mit dem Ersparten die Not zu lindern und Freude zu machen. In diesem Sinne hat eine Anstalt der Erzdiözese die Opferwoche gut verstanden. Der Rektor schreibt:

„Die Idee der Caritasopferwoche habe ich gestern abend mit den Buben besprochen. Als ich sie mal selbst überlegen ließ, wie auch sie sich daran beteiligen könnten, da waren alle einig, daß sie eigentlich auch mitmachen wollten. Aber wie? Schließlich kamen einige auf die Idee, sie wollten alle in dieser Opferwoche beim Mittag- und Abendessen auf einen „Schweller" (gekochte Kartoffeln) verzichten. Wer weiß, wie willkommen diese sog. Schweller beim Mittag- und Abendessen sind, der weiß auch, daß solch ein Verzicht wirklich ein Caritasopfer ist. Wenn die Idee also überall auf so guten Boden fällt, wie bei unseren „bösen" Buben, dann ist mir um den Erfolg der Caritasopferwoche nicht bange."

Aus dem Ausland.

Der Fernsprechverkehr mit Oesterreich unterbunden.

Berlin, 10 Dez. Der Fernsprechverkehr nach Oesterreich ist seit heute vormittag unterbrochen. Man führt diese Unterbrechung auf den heute früh in Oesterreich ausgebrochenen Streik der Postbeamten zurück.

—(⊙)—

Gerichtssaal.

Neckarbischofsheim, 11 Dez. Wegen übler Nachrede wurde gestern die 18jährige Käthchen Brand von Helmstatt von dem dortigen Schöffengericht zu 30 Goldmark Geldstrafe oder sechs Tagen Gefängnis unter Auferlegung sämtlicher Kosten verurteilt. Sie hatte aus purer Bosheit über ein anderes Mädchen A. Müller, das längere Zeit in einem katholischen Pfarrhaus bedienstet gewesen war, das Gerücht verbreitet, es habe an ihrer Dienststelle in geschlechtlichen Beziehungen gestanden, die nicht ohne Folgen geblieben seien. Vor Gericht konnte sie keinerlei Anhaltspunkte für das von ihr aufgebrachte Gerücht angeben und mußte zugeben, daß ihre Behauptung lediglich eine Verleumdung war. Der Gerichtsvorsitzende brandmarkte ein solches Verhalten in scharfer Weise, den entsprechend wurde von den Schöffen auf obige Strafe erkannt.

Schlüsselzahl für den Bezugspreis des Badischen Beobachters 1 Billion.

Weihnachtssorgen.

Weihnachten steht vor der Tür, vielleicht die trostloseste Weihnacht, die wir je erlebt haben. In früheren Jahren herrschte um diese Zeit, wie in allen Läden, auch beim Buchhändler ein reges Treiben; denn auf einem richtigen Weihnachtstisch durften auch die Bücher nicht fehlen. So wollte es die gute alte Sitte in den Familien, die Wert legen auf Bildung, auf Vertiefung ihres Geistieslebens, auf Unterhaltung und Anregung.

Vielfach kann man heute die merkwürdigsten Urteile über Bücher und Bücherpreise hören. Gewiß ist es vielen schwer geworden, neben wirklich notwendigen Lebensbedürfnissen ihr Verlangen nach einem guten Buche zu befriedigen. Aber daneben gibt es eine größere Zahl solcher Leute, die sich kaum einen Luxus verlagen, aber dennoch über die angeblich zu hohen Bücherpreise in ganz ungebührliche Erregung geraten. Die Bücherpreise waren lange Zeit aus idealen Gründen des Verlags und Buchhandels gegenüber andern Lebensbedürfnissen viel zu niedrig angesetzt; sie stehen auch jetzt noch unter Friedenspreis. Es ist aber eines der Zeichen einer erschreckenden Kulturlosigkeit wenn das persönliche Verhältnis zum guten Buch vor dem Bestreben nach niedrigsten materiellen Genüssen zurückstehen muß. Kaum jemand erkennt die großen Schwierigkeiten, mit denen heute die deutsche Verlegerschaft im Daseinskampf steht. Dieser schwere Kampf zu dem die Verleger die Kraft aus ihrem Verantwortungsgefühl unserer geistigen Kultur gegenüber schöpfen, vollzieht sich zu wenig öffentlich, um in seiner vollen Bedeutung gewürdigt zu werden. Erliegt der Verleger unter der Last gewaltig gesteigerter Betriebs- und Herstellungskosten, so geht das deutsche Volk, Schaffende wie Empfangende, einer geistigen Verarmung, ja einer geistigen Hungersnot entgegen.

Wir stehen zurzeit in einer schweren Krise des deutschen Buchverlags, die zu einem Kulturzusammenbruch führen müßte wenn das Publikum sich vom Büchermarkt fernhält. Die Bücherpreise rechtfertigen ein solches Fernbleiben nicht. Das gute Buch vermittelt innere Werte, die unvergänglich sind. Für den Menschen, der geistige Arbeit zu leisten hat, ist der Kauf eines guten Buches Erwerb von geistigem Betriebskapital. Das Buch belehrt, erzieht und erhebt, es stellt die Verbindung des Einzelnen mit der Volksseele her. Aus dem Buch strömt unaufhörlich reiches Gedankengut in die Volksgemeinschaft. Wer es ehrlich mit sich und dem deutschen Volke meint, muß es ehrlich mit dem deutschen Buche meinen, d. h. er muß es lieben, indem er ein Kämpfer für das deutsche Buch wird, sein Erwerber, sein Freund, sein Verschenker Solchen, die nach guter Literatur suchen, seien nachstehend einige Werke aus dem Verlag J. P. Bachem in Köln genannt, die sich als Geschenke für den Weihnachtstisch besonders eignen.

In seiner größten seelischen Not ist dem rheinischen Volke das Prachtwerk von Ludwig Mathar, Der Niederrhein, als eine Gabe voll köstlichen Trostes erwachsen. Es ist wirklich ein hohes Preislied auf das niederrheinischen Landes Wert und Geschichte, auf den Zauber seiner Vergangenheit und Gegenwart auf seine landschaftliche und künstlerische Schönheit. Diese lebendigen Schilderungen bieten das Beste, was bisher über den Niederrhein geschrieben ist. Ein erfrischender, aufrichtender Hauch geht durch die Darstellungen. Den prächtigen Kleinquartband, gebunden in Halbleinen mit Golddruck, zieren 32 feingetönte Kunstdruckbilder. Preis Grundzahl 12.

Ludwig Mathar ist ein sprachgewaltiger Dichter von gesundem Realismus. Sein neuestes schönwissenschaftliches Werk: Das Glück der Oelbers, ein rheinischer Tuchmacher-Roman aus dem 18. Jahrhundert, durchflutet starkpulsierendes tiefbewegtes Leben. Eine Fülle von Bildern und Gedanken der Volks- und Lebensweisheit fließen aus ernsten Studien und feinem Erfühlen der Heimatseele auf ureigenem Gebiet. Mathar führt uns nach Monschau im Jülicher Lande, zum hohen Venn, in sein Kinderland. Die Kleinwelt wird kulturgeschichtlich im Rahmen der politischen Zeitgeschichte geschildert; aber in diese Kleinwelt ist einbeschlossen die Wirtschaftsseele dreier Generationen der Familie Oelbers, die verwurzelt waren in rheinischer Erde. Wenn wir uns von Mathars Schöpfung tragen lassen, fühlen wir, daß dieser Dichter der werteschaffenden Tat, der lebensvollen Arbeit, sein Buch selbst erlebt hat, nicht bloß geschrieben, wie die verwandten Romane der Buddenbrooks, Wiskottens oder Stoltenkamps. Möge dem kulturgeschichtlich bedeutsamen, echt rheinisch und deutsch empfundenen Roman die weiteste Verbreitung beschieden sein. Der hübsche Halbleinenband kostet Grundzahl 8.

Ein künstlerisch gezeichnetes Lebensbild des Nährvaters Christi, des hl. Joseph, voll ergreifender Einzelheiten, die das Leben des gerechten Mannes als Gatte und Vater in nie gekannter Schönheit erstrahlen lassen, bietet uns Henriette Brey mit ihrer biblischen Erzählung Joseph ben David, der Getreue. (Grundzahl 4). Es ist erstaunlich, wie die Dichterin ein Kultur- und Seelenbild entworfen hat, welches in den zartesten Tönen die Umwelt und Innenwelt des großen Heiligen uns lebendig vor Augen stellt und uns zum stärksten Miterleben hinreißt. Szenen voll prächtiger Geschlossenheit stehen vor uns, voll zartem Duft und glutvoll pochendem Leben. Und das alles in einem Prachtgewande von blühender, edler Sprache und in reizvoller Poesie. Lobenswert ist die vorzügliche, von bestem Geschmack zeugende Ausstattung.

Eine einzigartige Stellung in unserer Lyrik nimmt das neue Gedichtwerk von M. Herbert ein: Gott allein genügt, Gebete in Versen. (Grundzahl 2,5). Es ist schwer, einen Inhalt desselben anzugeben, selbst eine Charakteristik zu bieten, würde nicht recht möglich sein. Das Büchlein ist derartig innig, dermaßen zart, daß nur die persönliche Lesung, das persönliche Erleben die wahre Herrlichkeit, die darin kund wird, erkennen und erfassen läßt! Das gilt für jeden Leser, dessen Seele fähig ist, sich an den höchsten Dingen zu entzünden. —

Stellenweise ganz ulkig ist der australische Roman Lol von E. Turner. (Grundz. 5). Frisch geschrieben, voll drolliger Vorfälle von manchmal übersprudelndem feinem Humor. Lol und seine Brüder, ihr Leben und Treiben in der australischen Hauptstadt, sind mit verblüffender Greifbarkeit geschildert. Alles in allem: der lustige, der Liebestragik jedoch nicht entbehrende Roman wirkt wie ein Labsal in trüben Zeiten. Ein solch seltener, goldener Humor tut da wohl. —

Den Roman eines Idealisten gab uns M. von Schüth-Leerodt in ihrem Buche Höhensteiger (Grundz. 4). Ringen um ein Gut, für das man alle andern Güter hergibt, um einen Preis, der leuchtend fern liegt und doch im kühnsten Wettstreit nicht unerreichbar ist, das ist der Leitsatz des „Höhensteiger". Erhebend klingt dieser Anstieg aus.

Kraftvolle, gegenwartsfrohe realistische Kunst bietet uns Jassy Torrund in ihrem Novellenbande Verschlossene Truhen. Erzähltes und Erlebtes. (Grundz. 6.) Seit lange gilt die bekannte Erzählerin in Kennerkreisen als eine der besten, feinsinnigsten Novellistinnen. In ihren, in Auffassung und Sprachausdruck künstlerisch gestalteten Novellen, ist von besonderem Reiz die anmutige, oft von sonnigem Humor beglänzte Frische der Darstellung.

Es wäre noch vieles zu nennen, was der Bachemsche Verlag an passenden Geschenkwerken bietet. Da sind vor allen Dingen die Werke der deutschen Christusdichterin Anna von Krane: Vom Menschensohn, Christuserzählungen (Grundz. 5). Am kristallenen Strom, Heiligenlegenden (Grundz. 6). Das Schweigen Christi, Roman aus dem 13. Jahrh. (Grundz. 6), oder der Herodes-Roman, Wie der König erschrak (Grundz. 4), ein Werk von ungewöhnlicher Gestaltungskraft mit vielen poetischen Feinheiten.

Als besonders geeignet für den Weihnachtstisch nennen wir noch die Prachtwerke: Die Madonna in ihrer Verherrlichung durch die bildende Kunst von Dr. W. Rothes, mit 198 Abbildungen (Grundz. 10). Kölner Kirchen von Dr. H. Reiners, mit 130 Abbildungen (Grundz. 10). Papst Pius XI., ein Lebens- und Zeitbild von Dr. M. Bierbaum. Mit 20 Abbildungen (Grundz. 4,5 in Halbleder, dunkelrotes Ziegenleder mit Batikdeckeln 6,5). Männer und Zeiten der Weltgeschichte von Leopold Ranke. Drei Bände, ausgewählt von Dr. R. Schulze. (Jeder Band Grundz. 5). Die Sternenwelten und ihre Bewohner, von Professor Dr. Pohle. Mit 66 Abbildungen und einer Karte (Grundz. 10). Mutter! Ihr Lob, ihre Freude, ihr Leid. Aus der Weltliteratur gesammelt von Dr. H. Clementz. Mit 6 Einschaltbildern (Grundz. 6).

Mit besonderer Freude begrüßen wir die Bestrebungen des Verlags Bachem, unsere Familienkultur durch die Ausgabe künstlerisch wertvoller Kinderbücher zu bereichern. Wer noch ein Kinderherz durch ein Buch erfreuen will, der greife zu den wunderschönen Märchen von Musäus, Brentano, Eichendorff, Angelika Harten, A. von Krane oder Handel-Mazzetti. Diese Bücher schließen ein wahres Märchenland in sich, für jung und alt, ein Quell alten Volksgutes und ein Jungbrunnen der Freude. Sie sind in klarem Druck mit reizenden Bildern namhafter Künstler von außerordentlichem Farbenreichtum und seltsamer Phantastik ausgestattet und mit dauerhaften Einbänden versehen (Grundz. jedes Buch 3 und 4). Für die Kleinsten unserer Kleinen bietet der Verlag herzige Bilderbücher: Eckerskorn, Der Englein Erdenfahrt, Klein Manuel; Harten, Susaseide wir reiten über die Heide; Horster, Vom lieben Jesuskind; Kiesgen, Vom lieben Kind Maria (Grundz. je 3,5). Sie sind frisch geschrieben und im Stil sorgfältig behandelt. Mit den ausgesucht schönen, anregenden und lustigen Bildern bekannter Kindermaler bieten sie sich als entzückende Geschenkwerke dar.

Der Verlag Bachem hat mit seinen Büchern schon viel, sehr viel Segen gestiftet. Aber Bachem-Bücher müssen noch viel mehr gelesen werden. Wem die vorstehende Auslese nicht genügt, der verlange vom Verlag kostenlos die reichhaltigen Auswahl-Verzeichnisse. Und nun nochmals: Vergeßt für den Weihnachtstisch der Gaben beste nicht: das gute Buch! Mit einem guten Buche bekommt Ihr einen guten Freund ins Haus.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Karlsruhe.

Stadtbaurat a. D. Franz Reichard †. Im Alter von 82 Jahren ist der Erbauer des Lauterbergs, Stadtbaurat a. D. Franz Reichard hier gestorben.

:: **Landesbibliothek,** Friedrichsplatz. Auf Antrag der Direktion hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts die Besuchszeit des Lesesaals wieder erweitert. Sie ist jetzt: werktags von 10—7 Uhr ununterbrochen, Sonntags 11—1, im Winter auch 2—4 Uhr.

K. D. F. Wir geben hiermit nochmals bekannt, daß heute Mittwoch, den 12. Dezember, unser Teenachmittag, verbunden mit einer kleinen Nikolausfeier stattfindet. Lokal: „Tivoli", ½4 Uhr.

:: **Messerstecherei.** Ecke Markgrafen- und Brunnenstraße verübte am Montag nachmittag nach vorausgegangenem Wortwechsel ein verheirateter Händler von hier einem Gelegenheitsarbeiter mit einem Taschenmesser einen Stich in den Oberarm und verletzte ihn so erheblich, daß er nach dem Krankenhaus verbracht werden mußte.

Mit zweierlei Maß scheint bei der Reichsverwaltung hinsichtlich der Ausgabe und Annahme wertbeständiger Zahlungsmittel gemessen zu werden. So teilt uns ein Leser unseres Blattes folgenden Fall mit: Am vorgestrigen Montag wurde ihm, der Eisenbahnbeamter ist, sein Gehalt mit Anteilscheinen der Reichseisenbahn ausbezahlt. Damit, sagte sich unser Gewährsmann ganz richtig, kann ich doch zum wenigsten bei jeder Amtsstelle der Reichsverwaltung, also auch bei der Post ankommen. So denkt wohl jeder Mensch mit gesunden fünf Sinnen. Aber weit daneben geraten! Gestern, also am Tage darauf, wollte unser Mann am Schalter der hiesigen Bahnpost eine Briefmarke mit oben erwähntem Geld kaufen. Der Schalterbeamte jedoch gab ihm das Geld zurück mit dem Bemerken: „Bedauere sehr, ich darf dieses Geld nicht annehmen." Ungläubig erwiderte unser Mann, da müsse wohl ein Irrtum seitens des Postbeamten vorliegen. Indessen wurde ihm nochmals mit aller Bestimmtheit jene abweisende Erklärung zuteil. — Dieses Bürokratenstückchen können wir unsererseits durch ein eigenes Erlebnis ergänzen. Ein Mitglied unserer Redaktion wollte heute vor acht Tagen auf der Hauptpost ein Paket aufgeben und die Gebühr, weil er nur solches in seinem Besitz hatte, mit hiesigem Handelskammergeld bezahlen. Der Beamte zuckte bedauernd die Schulter und erklärte, nur Rentenmark (der Mann hatte noch keines zu Gesicht bekommen!). Reichsbankanweisungen oder — Papiermark in Zahlung nehmen zu können. Dem Bedauernswerten blieb nun nichts anderes übrig als entweder sein Paket wieder mitzunehmen oder zu verbrennen, sein wertbeständiges Geld in verpönte Papiermark umgewechselt zu bekommen. Dann war aber irgend ein überflüssiger Kauf in einem nächstbesten Laden notwendig, was denn auch geschah. Noch krasser und unverständlicher erscheint uns aber der erstgenannte Fall, wo sozusagen im selben Hause (der Reichsverwaltung) an einem Schalter das wertbeständige (sozusagen Haus-) Geld ausgezahlt und am anderen Schalter nicht angenommen wird. „Wer klärt mir die Eintracht dieser Zwietracht?" (L. A. w. o.)

Ermäßigung für Schülerfahrkarten und Arbeiterkarten. Für die bevorstehenden Weihnachtsferien werden die Schülerferienkarten wie bereits die Leitkarten sowie Arbeiter- und Schülerrückfahrkarten ebenfalls um 50 Prozent im Preise ermäßigt. Zur Durchführung dieser Maßregel werden als Schülerferienkarten halbe und einfache Fahrkarten 3 und 4 Klasse ausgegeben, die mit dem Stempel „Rückf." versehen werden und in Verbindung mit dem entsprechend auszufüllenden Antrag zur Hin- und Rückfahrt gelten.

* * *

Zur Umgestaltung unseres Verwaltungswesens.

Von Diplom-Verwaltungs- und Sozialbeamten Hagen.

Seit geraumer Zeit macht sich allüberall eine gewisse Aktivität bemerkbar, die dahin geht, zu dem Problem der Umgestaltung bezw. Vereinfachung unseres Verwaltungswesens Stellung zu nehmen. Daß Einsparungen und Vereinfachungen da und dort nicht nur gerechtfertigt, sondern eine unbedingte Notwendigkeit sind, unterliegt ja gar keinem Zweifel. Ein Umstand scheint indessen bei der Behandlung der Frage verhältnismäßig zu wenig beachtet zu werden, nämlich, daß mit der Vereinfachung auch eine möglichst praktische Ausgestaltung der öffentlichen Stellen angestrebt werden muß, insbesondere ist auf Anpassung an die Bedürfnisse der Allgemeinheit weitestgehende Rücksicht zu nehmen. Das ungeheure Anschwellen der Gesetze, Verordnungen, Verfügungen läßt oft dem Eingeweihten einen Ueberblick schwer werden um wieviel schwerer ist es dann für die Masse des Volkes, sich da überhaupt noch zurechtzufinden. Die Unübersichtlichkeit in Bezug auf unsere derzeitigen Gesetze ist ja geradezu sprichwörtlich geworden. So kommt es als eine der häufigsten Folgen, daß oft recht bedeutende Nachteile entstehen, die ihren Ursprung weder in gewissem Unvermögen, noch in bösem Willen, sondern einzig und allein in der Unwissenheit einzelner Vorschriften haben. Unerquickliche Reibereien zwischen Behörden und Beteiligten sind dann unausbleiblich. Ein weiterer Mißstand, dem m. E. bisher zu wenig Beachtung geschenkt wurde, liegt auch darin, daß weite Kreise heute keine Zeitung und demzufolge die öffentlichen Bekanntmachungen nicht mehr lesen und auch keine Gelegenheit haben, solche sonstwo — etwa an den Zeitungsexpeditionen — zu Gesicht zu bekommen. So wird zwangsläufig das Bedürfnis nach einer Stelle kund, wo möglichst über alle einschlägigen und laufenden Fragen Auskunft erteilt wird, wobei selbstverständlich spezielle Gebiete wie etwa die Rechtsauskunft und dergl. nicht miteinbezogen werden.

Wenn hier der Schaffung einer bisher kaum bekannten Stelle das Wort gesprochen wird und damit ein Gegensatz zum Abbaugedanken geschaffen ist, so scheint dies eine nur mehr rein äußerliche Betrachtung. Zunächst würden hierdurch viele Stellen recht wesentlich entlastet, sodaß es sich eigentlich gar nicht um eine Neuschaffung, sondern eher um eine Umformung handelt; weiterhin aber ist auch zu berücksichtigen, daß die öffentliche Verwaltung die Aufgabe hat, den Bürger in Erfüllung seiner Pflichten weitestgehend zu unterstützen. Heute gilt noch mehr als bisher das Wort „Zeit ist Geld" und zwar ebensowohl für den einzelnen Beamten, wie auch für das Publikum. Wieviele Stunden müssen dagegen eben mit Warten, Suchen und schließlichem Nichtfinden nutzlos geopfert werden; wieviel könnte durch eine entsprechende Institution gespart werden.

Schließlich noch einen Gedanken zu der Ausgestaltung dieser Stelle selbst. Wollen wir sie einmal „Auskunftsamt" oder „Auskunftsstelle" heißen und feststellen, daß sie möglichst zentral gelegen sein soll. Hauptsache dabei wäre nun, daß eben diese Stelle nicht sich damit begnügt, mitzuteilen, in welchem „Zimmer Numero ..." die Sache behandelt wird, sondern daß sie soweit wie möglich die Auskünfte selbst erteilt, wobei allerdings nochmals darauf hingewiesen sei, daß Spezial-Auskünfte nicht darunter fallen. Ueber die Abgrenzung dessen, was „Spezial-Auskünfte" sind, wäre sicher auch bald ein gangbarer Weg gefunden. Was jedoch unzweifelhaft in den Bereich der Auskunftsstelle gehört, sind z. B. die Fragen über Art, Höhe und Berechnung der laufenden Steuern und Abgaben, über Mietsachen, auch über Bestehen oder Nichtmehrbestehen wichtiger Gesetzesbestimmungen und vieles andere mehr. Daß ein solcher Posten natürlich nur von einem Beamten erster Qualität mit umfassender Bildung und frei von allen bürokratischen Kleinlichkeiten zu versehen wäre, ist selbstverständlich. Zweifellos würde dadurch vieles gespart, insbesondere manche Reibereien und zwecklose Schreiberei. Außerdem würde dies auch zu einem verständnisvollen Miteinanderarbeiten vor Publikum und Behördenapparat ganz wesentlich beitragen. Endlich sei noch daran erinnert, daß durch diesen innigen Kontakt zwischen (Auskunfts-)Beamten und Auskunftsuchenden von ersterem manche Erfahrung über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit von irgendwelchen Bestimmungen gesammelt und dann an anderer Stelle entsprechend verwertet werden könnte.

—(*)—

Veranstaltungen.

d. **Lehrergesangverein.** Nach Beendigung des Konzerts am Samstag abend fand im kleinen Saal der Festhalle ein äußerst rege verlaufenes Festbankett statt. Der 1. Präsident des Lehrergesangvereins, Hauptlehrer Jul. Fischer, ergriff das Wort zur Begrüßung der Mitglieder und Gäste, unter welchen wir Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter, Oberreg.-Rat Nerz, Ehrenpräsident Schulinspektor Reich-Baden und Stadtschulrat Dr. Heidinger bemerkten. Eine stattliche Anzahl Mitbegründer, die mit Angehörigen an der Ehrentafel Platz genommen hatten, konnte der Vorsitzende begrüßen und einige derselben zu Ehrenmitgliedern ernennen; es sind dies die Herren: K. Kirsch, J. Hüffner, W. Schumacher und Aug. Ziegler. Ferner erhielten die Urkunde als Ehrenmitglied die Herren: Oberl. Roth, Otto Fischer und J. Krauth, die seit Jahren dem Verein die Treue gehalten und deren vorbildliche Sängertätigkeit besonders gerühmt wurde. Ehrenpräsident Reich entrollte in schönen Worten vergangene Bilder und liebliche Erinnerungen der goldenen Vorkriegszeit und gedachte der Sänger, die 25 Jahre als Aktive im Chor stehen. Jeder derselben erhielt als treue Anerkennung eine künstlerisch ausgeführte Radierung des Kollegen Ebner, nämlich die Herren Jul. Fischer, Linnebach, Steuerwald und Lutz. Mit dem „goldenen Kranz" zum Sängerzeichen konnte für 15jährige Aktivität ausgezeichnet werden die Herren Bauer, Groh, Böhringer, Brüstle, Heß, Konrad, Sauter und Stärk. Den verdienstvollen künstlerischen Leiter des Lehrergesangvereins, Herrn Professor Heinr. Kaspar Schmid feierte Herr Grundel in sinniger, geistvoller Rede. Ihm, wie dem verdienstvollen 1. Präsidenten wurde von Herrn Schächner ein sinniges Angebinde als Ehrengabe überreicht und auch die anderen Vorstandsmitglieder mit delikaten Gaben erfreut.

Dann betrat der erste Vorsitzende des L.G.V. vom Jahre 1883, Oberl. a. D. Hüffner, das Rednerpult und in humorvollen Worten der schönen, alten Zeit gedenkend. Ein aus Gründern des Vereins zusammengestelltes Doppelquartett erfreute, von Herrn Roth in humorvoller Weise eingeführt, die Anwesenden durch zwei hübsche Volkslieder.

Herr Oberbürgermeister Dr. Finter gab seiner Freude über das vollendete Konzert warmen Ausdruck und stellt mit hoher Befriedigung fest, daß Herr Professor Schmid im L.G.V. einen Wirkungskreis gefunden hat, der seinen hochgesteckten Kunstzielen entspricht. Ehrenmitglied Hahner erfreute die Zuhörer durch einen wohlgelungenen Bariton-Solo. Ebenso durfte der Solist des Abends, Herr Konzertsänger Richard Schmid-München, der Bruder des Chorleiters, für die prächtig wiedergegebene Arie aus dem „Wildschütz" wohlverdienten, herzlichen Beifall entgegennehmen.

Von den verschiedensten Seiten gingen dem L.G.V. zu seinem 40jährigen Jubelfeste Glückwunschschreiben zu, so vom Sängerchor des L.G.V. Frankfurt a. M., vom Berliner L.G.V., von Mannheim, Bregenz, Dornbirn, vom Bruderverein in Zürich u. a. Unvergeßlich wird allen Teilnehmern das so harmonisch verlaufene Bankett bleiben; die 180 Mann starke Sängerschar wird mit gesteigerter Liebe dem Banner ihres künstlerischen Leiters folgen, den Weg aufwärts zur Höhenschau des 50jährigen Jubelfestes!

Landestheater. Am Freitag den 14. d. M. wird Wagners „Fliegender Holländer" gegeben. Da Herr Kammersänger Büttner auf seinen Wunsch für die nächste Spielzeit nur einen Gastspielvertrag mit dem Landestheater abgeschlossen hat, so wird Herr Walter Warth, der in das Fach des Heldenbaritons überzugehen beabsichtigt, in dieser Vorstellung zum erstenmal den Holländer singen. — Zu weiterem Ausbau des Spielplans klassischer Dramen befindet sich für Ende Januar die „Orestie des Aeschylos" in der Bearbeitung von Karl Vollmöller in Vorbereitung. Damit wird das gewaltige Werk des großen griechischen Tragikers bei uns zum erstenmal auf der Bühne erscheinen.

Das für Sonntag, den 16. angekündigte Gastspiel der Frau Jafalda Salvatini kann nicht stattfinden, da der Urlaub der Künstlerin seitens der Intendanz der Berliner Staatsoper plötzlich zurückgezogen wurde. Dafür ist ein vollwertiger Ersatz in Frau Emmy Heckmann-Bettendorf von der Berliner Staatsoper gewonnen worden, die nun als Tosca am Sonntag, den 16. d. M., ein Gastspiel geben wird. Frau Heckmann-Bettendorf gehört der Berliner Staatsoper seit drei Jahren an. Sie hat durch ihre außergewöhnlich schönen Stimmittel überall berechtigtes Aufsehen erregt.

Lieder- und Arienabend Ehrengard Foerster und Cairati. Wir wollen nicht versäumen, auf den morgen, Donnerstag, den 13. Dezember, stattfindenden Lieder- und Arienabend aufmerksam zu machen. Fräulein Ehrengard Foerster geht ein vorzüglicher Ruf als erstklassige Künstlerin voraus. Herr Prof. Cairati an der württembergischen Hochschule für Musik, Stuttgart, ist hier als vornehmer Begleiter bereits durch seine früheren Konzerte bekannt. Karten sind außer in der Musikalienhandlung Fritz Müller auch an der Abendkasse erhältlich.

Kunst / Wissen

Die Belohnung für die Mörder Wallensteins. Unter den Geheimpapieren des ehemaligen kaiserlichen Archivs in Wien, die bei der Liquidierung Oesterreich-Ungarns jetzt von Wien nach Prag gebracht worden sind, wurde auch eine Liste der Belohnungen aufgefunden, welche die Mörder Wallensteins erhalten haben. Die Geldbeträge sind unbeträchtlich, dagegen hat jeder von ihnen ein oder mehrere Güter erhalten, und es ist bemerkenswert, daß die meisten dieser Güter noch heute im Besitze der betreffenden Familien sind. Die Liste wird in den Prager Blättern veröffentlicht werden.

Kath. Akademiker-Gedächtniskirche. Am vorvergangenen Sonntag wurde in Leipzig-Gohlis die von den Studentenverbänden C. V., K. V. und U. V. mit Unterstützung des akademischen Bonifatiusvereins gestiftete Akademiker-Gedächtniskirche durch den Bischof von Meißen, Dr. Schreiber, eingeweiht. Aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes waren Vertreter der Verbände herbeigeeilt, um ihrer durch das Gedenken ihrer gefallenen Brüder würdig zu ehren. Besonders der K. V. war sehr stark vertreten und hatten die Verbände aus Berlin, Breslau, Clausthal, Freiburg, Göttingen, München, Würzburg und vor allem die umliegenden Hochschulen ihre Abordnungen mit Fahnen entsandt. Abends fand vom K. V. und U. V. gemeinsam ein großer Trauerkommers statt, der vom Vorortsvorsitzenden des K. V., Stud. phil. Tuchen (Brisg.-Freiburg) glänzend geleitet wurde. Unter den vielen Ehrengästen sei besonders erwähnt Herr Bischof Dr. Schreiber, der warme Worte des Dankes an die Stifter der Kirche richtete und zugleich die Bitte aussprach, nicht zu rasten, bis auch der Innenschmuck vollendet ist. Am Montag fand ein Seelenamt für im Weltkriege gefallene Akademiker statt.

Wilhelm Scherer-Stiftung. Das Kuratorium der Wilhelm-Scherer-Stiftung hat den diesjährigen Scherer-Preis geteilt und durch ihn ausgezeichnet den Privatdozenten Dr. Herbert Cysarz in Wien für sein Buch „Erfahrung und Idee, Probleme und Lebensformen in der deutschen Literatur von Hamann bis Hegel" und den Privatdozenten Dr. Karl Victor in Frankfurt a. M. für sein Buch „Geschichte der deutschen Ode".

Bunte Chronik.

Amerikanischer Edelmut. Rom, 24. Nov. Ein deutscher Benediktinerpater ist in einer Kirche Roms. Da wird er von einem amerikanischen Ehepaar um eine Auskunft gebeten. Daran knüpfte sich eine Unterhaltung, schließlich eine Einladung zu einem Essen in einem der bekannten vornehmen Restaurants auf dem Aventin. Der Pater dankte: er könne das nicht annehmen, da so viele seiner Landleute in Deutschland hungerten, aber er wolle gern das dafür auszulegende Geld als Almosen nach Deutschland schicken. Die Amerikaner sind derart gerührt, daß sie von einer Reise nach Indien abstehen und nach Deutschland fahren, um dort das für die Reise nach Indien bestimmte Geld den Armen zu geben. Die Amerikaner haben Wort gehalten. Gott wird ihnen den Edelmut reichlich lohnen!

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 11. Dezbr. (Börsenstimmungsbild.) Die Tendenz am heutigen börsenfreien Tag war wiederum äußerst lustlos. Es besteht zwar bei der Spekulation und bei Banken Geneigtheit, Material zu billigen Kursen in beschränktem Umfange aufzunehmen, doch stehen diesen ziemlich unbedeutenden Nachfragen weitaus größere Verkaufsordres gegenüber. Die Insolvenzkrise dauert weiter an und zahlreiches an den Markt kommendes Material stammt aus den Exkursionskäufen. In Anbetracht dieser Verhältnisse ist es klar, daß auch für die nächsten Tage kaum mit einer nennenswerten Hebung der Kurse zu rechnen ist. Im heutigen Freiverkehr wurden die gestrigen Schlußkurse fast durchweg als Brief genannt. Der Geldmarkt lag stark flüssig mit ¼ bis ½ Proz., ohne daß Geld zu diesen Sätzen Unterkunft fand, da absolut keine Neigung besteht, mit geliehenem Geld neue Käufe zu tätigen. Im Ausland behält die Mark ihre Stabilität mit verhältnismäßig geringen Schwankungen bei. Trotz dieses augenblicklich günstigen Standes hegt man in Börsenkreisen für die Zukunft die allerschwersten Besorgnisse. Es erscheint unklar, wie es dem Reiche möglich sein wird, nach Verbrauch des Rentenmarkkredites — und dieser ist bereits zum allergrößten Teil nicht mehr vorhanden — die nötigen Mittel hernimmt, zumal zweifelhaft ist, ob die neuen Steuern rechtzeitig und in genügender Menge Mittel zur Sanierung der Staatsfinanzen zur Verfügung zu stellen im Stande sind. Ganz allgemein hofft man in diesen Kreisen und bezeichnet dies als die allerletzte Rettung, daß das Ausland dem deutschen Reiche zwecks Sanierung der Finanzen einen Kredit gewährt. Gerüchtweise verlautet, daß demnächst Verhandlungen beginnen werden, die einen solchen Kredit zum Zwecke haben. Amtlich wurden die Devisen heute wieder unverändert festgesetzt bei einer Notierung von 4 Proz. für den Dollar und für das Pfund. Goldanleihe und Dollarschätze wurden heute in enormem Umfange angeboten, doch konnte die Reichsbank sämtliches an den Markt kommendes Material aufnehmen.

Amtliche Berliner Devisenkurse, 11. 12. 23, mitt. 2 Uhr

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterdam	1596 000 M	1604 000 M	Japanien	545 681 M	549 370 M
Brüssel	130 515 „	194 485 „	Deutsch-Oest.	59 857 „	60 153 „
Kristiania	696 431 „	696 579 „	Prag	123 630 „	124 310 „
Kopenhagen	746 131 „	749 879 „	Budapest	223 443 „	224 567 „
Stockholm	11 55 231 „	1110 771 „	Buenos-Aires	1316 793 „	1323 390 „
Helsingfors	173 741 „	174 609 „	Sofia	90 922 „	91 378 „
Italien	183 550 „	184 461 „	Tokio	1995 000 „	2005 000 „
London	18254 250 „	18345 750 „	Rio de Janeiro	385 011 „	386 991 „
New-York	4189 500 „	4210 500 „	Warschau	— „	— „
Paris	223 450 „	224 550 „	Lissabon	154 612 „	155 388 „
Schweiz	739 179 „	739 931 „	Athen	46 878 „	49 122 „

Notierungen: Amsterdam 9, Spanien 50, Brüssel 50, Deutsch-Oesterreich 10, Christiania 15, Prag 15, Kopenhagen 15, Stockholm 10, Buenos Aires 10, Finnland und Italien 5, London 4, Rio de Janeiro 5, Newyork 4, Paris 4, Schweiz 10, Jugoslavien 20, Lissabon 10 Prozent.

Die Deckung für die Rentenmark.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die Finanzämter gemäß den Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober dieses Jahres die sogenannten Festsetzungsentscheide den belasteten landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen demnächst zugehen lassen. Bekanntlich hat die Deutsche Rentenbank durch die mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung vom 15. Oktober an den Grundstücken die dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, eine auf Goldmark lautende Grundschuld in Höhe von 4. v. H. des Wehrbeitrages erworben. Ferner ist durch die gleiche Verordnung den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben einschließlich der Banken die Verpflichtung zur Ausstellung von Goldschuldverschreibungen auferlegt mit der Maßgabe, daß die Gesamtbelastung der Industrie die gleiche ist, wie die der Landwirtschaft. Die Deckung für die Rentenbriefe und damit auch für die Rentenbankscheine ist daher schon jetzt vorhanden. Die Höhe des Betrages der Einzelschuld setzt das örtlich zuständige Finanzamt nach Maßgabe des § 3 der eingangs erwähnten Durchführungsbestimmungen fest und erteilt hierüber den Verpflichteten einen besonderen Festsetzungsbescheid, der den Beteiligten in den nächsten Wochen bereits zugestellt wird.

*

Landwirtschaftliche Verwertungs- und Finanzierungs-A.-G., Freiburg i. B. hat eine a. o. Generalversammlung einberufen, in der u. a. über die Erhöhung des Aktienkapitals Beschluß gefaßt werden soll.

Karlsruher Standesbuchauszüge.

Todesfälle. 9. Dez.: Anna Schmieder, alt 48 Jahre, Ehefrau des Zimmermanns Servaz Schmieder; Ravid Rau, Schneider, Ehemann, alt 52 Jahre; Karl Melchior, Oberst a. D., Ehemann, alt 67 Jahre. — 11. Dez.: Frdch. Einwald, Obergeometer a. D., Witwer, alt 79 Jahre; Philipp Haas, Taglöhner, Witwer, alt 87 Jahre.

Wetterbericht der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Wasserstände des Rheins: Schusterinsel 193 (gef. 7), Kehl 256 (gef. 6), Maxau 430 (gef. 6), Mannheim 336 (gef. 11).

Voraussichtliche Witterung: In der Ebene noch neblige Trübung; etwas kälter und in höheren Lagen heiteres Wetter mit Temperaturumkehrung, leichte bis mäßige Nachtfröste, fortdauernd trocken.

Beim städt. Wasenmeister, Schlachthausstr. 17, befinden sich herrenlos: 1 Spitzerbastard, w., 4 Mischlinge, m. u. w., 2 Fox, m. u. w., Zwergschnauzer, männ., Rothweiler, m. Nicht innerhalb drei Tagen vom Eigentümer abgeholte Tiere werden getötet bezw. versteigert.
Städtisches Schlacht- und Viehhof-Amt.

Methode Ritter
Sprachlehrinstitut
Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch
Anmeldung von 9 Uhr morg. bis 10 Uhr abds.
Leopoldstr. 1 (am Kaiserplatz).
Keine Nachzahlungen.

Genussreiche Stunden verschafft ein Harmonium
Grosse Auswahl
Versand nach allen Stationen
H. Maurer
Karlsruhe i. B.
Kaiserstr. 176
Kataloge und Schriften über das Harmonium kostenlos.

Ankauf
Gold-, Silber-, Platingegenstände, Brennstifte, Gold- und Silber-Münzen
Gebisse
mit echten Stiften zu Tagespreisen.
Rich. Ziegler, Akademiestrasse 28.

Alle Sorten
Hausbrandkohlen
Br. Briketts, Centralheizungskoks, Grudekoks und Brennholz
werden von uns zu billigsten Preisen in jedem Quantum prompt geliefert.
Winschermann G. m. b. H.
Kohlengroß- und Kleinhandlung
Stephanienstr. 94 (Ecke Baischstr. am Kaiserplatz)
Telephon 815, 816, 562.

Frachtbriefe liefert schnellstens A.-G. Badenia

Verkauf von
Herren-Hemden
Zephir :: Flanell :: Perkal
Eigenes Fabrikat! En gros und detail!
Hemdenfabrik A. Schuster
Kronenstrasse 7.

Christbäume
verkauft täglich im Kaffee Rawack, Stadt Baden (Ecke Lessing- und Kriegstraße), sowie im Geschäft Karl-Wilhelmstraße 67 und 68.
Otto Steinbach, Gärtnerei.

Passendes Weihnachtsgeschenk
Schlitten,
fast neu, 2-Sitzer, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen Gerwigstraße 3, 4. Stock, rechts.

Dr. 4ling Seife
Hersteller J. Kron, München
Alle Damen sind begeistert von dem köstlichen Duft und der erfrischenden Wirkung!

? 6 mod. Romane nur Mk. 1.– ?
Prospekte gratis vom:
Paul Beutel-Verlag, Leipzig-Lindenau.

Bad. Landestheater.
Mittwoch, 12. Dez. 7½—n. 9 Uhr. Sp. I. 4.20 (gleichzeitig für Volksbühne M 3).
Hanneles Himmelfahrt.